

# Kursächsische Außenpolitik nach dem Siebenjährigen Krieg Pläne, Dilemmata, Realien (1763–1772)

von  
JACEK KORDEL

Der Aufsatz setzt sich zum Ziel, die kursächsische Außenpolitik im Zeitraum nach dem Tod Augusts III. und dem darauffolgenden Zerfall der polnisch-sächsischen Personalunion (1763) zu analysieren. Anhand ausgewählter Aspekte wird die kursächsische Polen-, Pfründen- und Handelspolitik vor dem Hintergrund der Beziehungen des Kurfürstentums Sachsen mit Österreich und Preußen dargestellt. Die Forschungsfrage lautet: Welche Möglichkeiten und Chancen hatte ein mittelgroßer Reichsstand, angesichts des preußisch-österreichischen Antagonismus und eines immer schwächeren Einflusses Frankreichs im Reich, seine politischen Absichten und Pläne zu verwirklichen?

Der im Februar 1763 unterschriebene Hubertusburger Frieden sowie der in dasselbe Jahr fallende Tod Augusts III. (5. Oktober 1763) und Heinrich von Brühls (29. Oktober 1763) wie auch der Zerfall der polnisch-sächsischen Personalunion gelten in der sächsischen Geschichtsschreibung als Zäsuren von epochaler Bedeutung. Horst Schlechte hielt in seinem Werk über den Wiederaufbau Sachsens nach den Verheerungen des Siebenjährigen Krieges fest: Sächsische Reformer „suchten das Interesse des Staates weniger mit den Mitteln der auswärtigen Politik und nicht im Intrigenspiel der europäischen Kabinette, sondern vielmehr durch planmäßige und beharrliche Förderung aller wichtigeren Zweige der Landesökonomie zu wahren.“<sup>1</sup>

Die sächsische Historiografie kam zu der Einschätzung, dass die neuen Eliten, die nach 1763 die Politik bestimmten, für den Wiederaufbau ihres Landes auf die „von Phantasie und romanhaft-romantischen Vorstellungen geprägte Außenpolitik der Vorfahren“<sup>2</sup> hätten verzichten und die Hoffnungen auf die Erneuerung der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik hätten aufgeben sollen. Stattdessen hätten sie sich viel stärker auf Staats- und Wirtschaftsreformen konzentrieren sollen. Um Sachsen nach den Kriegszerstörungen wiederaufzubauen, die Finanzen zu sanieren und die Staatsschulden zu tilgen, hätte sich der Kurfürst

---

<sup>1</sup> Einleitung, in: HORST SCHLECHTE (Hg.), Die Staatsreform in Kursachsen 1762–1763. Quellen zum kursächsischen Rétablissement nach dem Siebenjährigen Kriege (Schriftenreihe des Sächsischen Landeshauptarchivs Dresden 5), Berlin 1958, S. 115.

<sup>2</sup> HELLMUT KRETZSCHMAR, Friedrich August I., in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 572 (im Folgenden: NDB), Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de>.

der Entwicklung des Gewerbes, des Bergbaus und des Handels sowie dem Wohlergehen seiner Untertanen widmen sollen. Die sächsische Forschungsliteratur stimmte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darin überein, dass sich nach der Abreise Augusts III. aus dem okkupierten Dresden im Herbst 1756 die politischen Hoffnungen in der Bevölkerung auf den Kurprinzen Friedrich Christian und dessen Gemahlin Maria Antonia Walpurgis aus dem Hause Wittelsbach konzentrierten. Diese hätten die wichtigste politische Macht in dem von preußischen Truppen besetzten Sachsen dargestellt. Gemäß der sächsischen Historiografie legte Friedrich Christian nach dem Tod seines Vaters 1763 in seiner nur knapp neunwöchigen Herrschaft bis zu seinem frühzeitigen Tod die Fundamente für die Innen- und Außenpolitik des Kurfürstentums für die folgenden Jahre.<sup>3</sup> Dies habe in bedeutender Weise zur Erneuerung des Staates beigetragen. Daher sei es begründet, von der ‚Generation 1763‘ (Thomas Nicklas) zu sprechen.<sup>4</sup> Den politischen Grundsätzen des Kurfürsten Friedrich Christian seien dessen Nachfolger treu geblieben: sein jüngerer Bruder Franz Xaver, der nach Friedrich Christians Tod die Regentschaft für den noch minderjährigen Kurprinzen innehatte, sowie der schließlich seit 1768 regierende Thronfolger, Friedrich Christians Sohn, Kurfürst Friedrich August III., der spätere sächsische König Friedrich August I. Negative Erfahrungen aus dem Bündnis mit der Wiener Hofburg sowie das Ausbleiben der erhofften Hilfe Frankreichs und Russlands hätten die Überzeugung der sächsischen Eliten vom hohen Wert des bisherigen Allianzsystems erschüttert und sie dazu gebracht, eine strikte Neutralität im internationalen politischen Geschehen zu wahren. Der Verzicht auf die polnische Krone und die Konzentration auf die inneren Angelegenheiten wurden in der Historiografie dahingehend gedeutet, dass der Kurfürst seinen persönlichen Ehrgeiz zugunsten des Wohlergehens des Staates und seiner Untertanen zurückgestellt habe.<sup>5</sup>

Die apologetischen Töne für den Kurfürsten Friedrich Christian, die den in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts tätigen Historikern noch fremd gewesen waren, sind mit Skepsis zu betrachten. Erstens sind die Zugehörigkeit Friedrich Christians zur antiköniglichen Opposition während seiner Zeit als Kurprinz und sein Beitrag zum wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des Landes

---

<sup>3</sup> KARL CHRISTIAN GRETSCHEL/FRIEDRICH BÜLAU, *Geschichte des sächsischen Volkes und Staates*, Bd. 3, Leipzig 1853, S. 171; KARL WILHELM BÖTTIGER/THEODOR FLATHE, *Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen*, Bd. 2: *Von der Mitte des sechzehnten bis zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts* (Allgemeine Staatengeschichte. Geschichte der europäischen Staaten 4/2), Gotha 1870, S. 532; KARL CZOK/RAINER GROSS, *Das Kurfürstentum, die sächsisch-polnische Union und die Staatsreform (1547–1789)*, in: Karl Czok (Hg.), *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S. 289; RAINER GROSS, *Geschichte Sachsens*, Dresden 2012, S. 160 f.; JOACHIM MENZHAUSEN, *Kulturgeschichte Sachsens*, Dresden/Leipzig 2014, S. 187.

<sup>4</sup> THOMAS NICKLAS, *Friedrich August II., Friedrich Christian*, in: Frank-Lothar Kroll (Hg.), *Die Herrscher Sachsens. Markgrafen, Kurfürsten, Könige* (Beck'sche Reihe 1739), München 2007, S. 202.

<sup>5</sup> Vgl. Anm. 3.

ungenügend belegt. Die Reformen wurden noch unter dem Kurfürst-König August III. begonnen, der im April 1762 eine Restaurationskommission einberief mit Thomas von Fritsch an der Spitze. Viele Rechtsakte, die der Sanierung der Verfassungs- und Wirtschaftsverhältnisse dienten, darunter auch ein Münzedikt, demzufolge minderwertige Münzen aus dem Umlauf genommen werden sollten, wurden noch zu Lebzeiten des alternden Kurfürst-Königs erlassen. Der frühzeitige Tod Friedrich Christians am 17. Dezember 1763 trug dazu bei, dass die Mehrheit der von ihm vorgeschlagenen Reformen erst in der Zeit der Vormundschaft und der selbstständigen Herrschaft Friedrich Augusts III. realisiert wurden.

Die sächsische Geschichtsschreibung vertrat seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Auffassung, dass die reformorientierten Kreise beschlossen hätten, auf eine aktive Außenpolitik und eine starke Armee zu verzichten, weil die Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik nicht wiederhergestellt werden sollte. Dieser Ansicht ist nicht zuzustimmen. Obwohl Kursachsen, nach der Ansicht Hamish M. Scotts, „was to be a pawn in the relations of the great powers“, schlugen die federführenden Kräfte des sächsischen Rétablissements, unter denen zuvörderst Thomas von Fritsch, Christian Gotthelf von Gutschmid und Friedrich August von Wurmb zu nennen sind, anders als es die Forschung dargestellt hat, dem sächsischen Hof keine derart radikalen Schritte vor.<sup>6</sup>

In einer dem Kurfürsten Friedrich Christian Ende November 1763, schon einige Wochen nach dem Tode Augusts III. vorgelegten Denkschrift brachte Fritsch seine Ansichten dar, wie Sachsen aus der wirtschaftlichen und politischen Ausweglosigkeit zu bringen sei. Es ist von Bedeutung, dass es seiner Meinung nach Sachsen nie so gut ergangen sei wie in den letzten Herrschaftsjahren des Kurfürst-Königs August II. (August der Starke, in den Jahren 1694 bis 1733 Kurfürst von Sachsen, 1697 bis 1706 und 1709 bis 1733 König von Polen). Die Finanzen seien durchaus geordnet gewesen, die gut ausgestattete Armee von 30 000 Mann habe Sicherheit gewährleistet und die polnische Krone dem Kurfürsten Hochachtung auf der deutschen und europäischen politischen Bühne garantiert. Auch wenn der Wahlkampf um die polnische Krone nach dem Tod Augusts II. ungeheure Summen verschlungen habe, seien diese nach Ansicht Fritschs keine vergeblichen Ausgaben gewesen. Der Wohlstand Sachsens sei nicht wegen der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik vernichtet worden, sondern durch die Maßlosigkeit des sächsischen Hofes und den grenzenlosen Einfluss von Günstlingen.<sup>7</sup> Die Reformer schauten mit Optimismus auf die Zukunft des Kurfürstentums: Unabhängig von den Kriegszerstörungen sollten sich die sächsischen Minister darum bemühen, eine Position zu gewinnen, die dem Land Einfluss auf die politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa sichern würde. Für Friedrich August

---

<sup>6</sup> HAMISH M. SCOTT, *The Emergence of the Eastern Powers. 1756–1775* (Cambridge Studies in Early Modern History), Cambridge 2001, S. 112.

<sup>7</sup> Denkschrift von Thomas von Fritsch, 24. November 1763, in: SCHLECHTE, *Staatsreform* (wie Anm. 1), S. 539–541.

von Wurbmb war Sardinien ein geeignetes Vorbild: Das Königreich verfügte über eine starke Armee, und den Regenten schmückte der Glanz der königlichen Krone. Obwohl es zwischen zwei Mächten lag, war es fähig, eine gewisse politische Rolle zu spielen.<sup>8</sup>

Die Vertreter der neuen sächsischen Eliten sahen also keinen Widerspruch zwischen dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Sachsens und der Fortsetzung der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Vielmehr erkannten sie zahlreiche Vorteile, die die polnische Krone dem sächsischen Hause brächte. Die Historiografie hat diese Einschätzung nicht geteilt. Eine innenpolitische Erneuerung bei einer gleichzeitigen Neuauflage der Union wurde als unmöglich erachtet.

### *I. Polenpolitik*

Die Diskussionen über die sächsische Thronbesteigung in Polen bewegten die Gemüter derer, die in Dresden die sächsische Politik bestimmten, sowohl vor als auch nach dem Ableben des Kurfürst-Königs August III. Sowohl der Kurfürst Friedrich Christian als auch nach seinem Tode seine Brüder Franz Xaver und Karl ersuchten fast alle europäischen Höfen um Unterstützung.<sup>9</sup>

Da das Kurfürstentum nach dem Siebenjährigen Krieg politisch und finanziell geschwächt war, konnten die sächsischen Staatsmänner nicht von einer selbstständigen Erhebung des Kurfürsten Friedrich Christian auf den polnischen Königsthron ausgehen. An der Elbe wurde gehofft, dass sich Maria Theresia für die sächsische Kandidatur aussprechen würde. Bestimmte Versprechungen wurden von der Wiener Hofburg bereits vor der Kaiserwahl Franz Stephans gegeben. In den 1750er-Jahren, als der Kaiserhof erwartete, dass August III. der österreichisch-russischen Defensivallianz vom Jahre 1746 beitreten würde, war Maria Theresia bereit, die sächsische Bewerbung in der polnisch-litauischen Adelsrepublik nach dem Tode Augusts III. zu fördern. Es gab aber eine Bedingung: Die Installation eines Sohnes des alternden Königs sollte keiner militärischen Intervention bedürfen. An der Elbe wurde jedoch auf mehrere Konzessionen zugunsten des sächsischen Hofes gezählt. Man hegte die Hoffnung, dass die alliierten Höfe die Gespräche mit den polnischen Staatsmännern in die Wege leiten und die sächsische Kandidatur vorstellen würden. Obwohl die Wahl eines sächsischen Prinzen in Wien mit Freude begrüßt worden wäre, wollten die österreichischen Staatsmänner den Dresdner Hof nur in dem Maße unterstützen, wie er bei einer nachhaltigen Bekämpfung Preußens hätte behilflich sein können. Sie beabsichtigten keinesfalls,

<sup>8</sup> Denkschrift von Friedrich Ludwig von Wurmb, 27. Februar 1761, in: ebd., S. 175-177.

<sup>9</sup> Die polnische Krone stand im Mittelpunkt der politischen Interessen Friedrich Christians und Maria Antonias, HORST SCHLECHTE (Hg.), Das geheime politische Tagebuch des Kurprinzen Friedrich Christian 1751-1757 (Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden 13), Weimar 1992, passim; vgl. JACEK STASZEWSKI, Autoportret następcy tronu, in: Kwartalnik Historyczny 100 (1993), Nr. 4, S. 151-163.

neue Verpflichtungen einzugehen, die die Donaumonarchie einem Militärkonflikt aussetzen könnten.<sup>10</sup>

Obwohl die internationale Situation für das Kurfürstentum nach dem Tode des Kurfürst-Königs August III. sehr ungünstig war, entschieden sich der Kurfürst Friedrich Christian und seine Gemahlin Maria Antonia, die sächsische Kandidatur in der polnisch-litauischen Adelsrepublik vorzulegen. Nach politischer und finanzieller Unterstützung suchten sie in ganz Europa: von Madrid und Neapel über Wien und Berlin bis hin nach Sankt Petersburg und Konstantinopel.<sup>11</sup>

Aus Berlin und Petersburg trafen eindeutig negative Antworten ein. Der Kurfürst und seine Gemahlin hatten gehofft, dass die sächsischen Bemühungen vom König von Preußen freundlich aufgenommen würden. Sie hatten darauf gezählt, dass sie über die Gemäcker des Berliner Schlosses russische Unterstützung erreichen würden. Friedrich der Große, der in dieser Sache von Maria Antonia noch zu Lebzeiten Augusts III. befragt wurde, argumentierte, dass er, obwohl er angeblich der sächsischen Kandidatur in der polnisch-litauischen Adelsrepublik persönlich nicht abgeneigt wäre, sich dem Willen der russischen Zarin nicht widersetzen könne. Viele Anfragen in der Angelegenheit der polnischen Krone richtete Maria Antonia auch nach dem Tode ihres königlichen Schwiegervaters an den König von Preußen. Friedrich der Große änderte seine Meinung jedoch nicht. Er wies die sächsische Kurfürstin darauf hin, dass Katharina die Große kein Interesse an der Bewerbung Friedrich Christians habe und riet ihr, sich aus dem Wettstreit um den königlichen Thron in Warschau zurückzuziehen. Ähnliche Wirkung hatten die sächsischen Suppliken in Petersburg. Die russische Zarin brachte in ihrer Antwort auf einen Brief, in dem Friedrich Christian den Tod Augusts III. notifizierte und seine Kandidatur vorstellte, klar zum Ausdruck, dass das sächsische Ministerium auf keinen Fall mit ihre Unterstützung rechnen könne.<sup>12</sup>

Kurfürst Friedrich Christian konnte auch mit keiner Hilfe seitens des Kaiserhofes rechnen. Maria Theresia war der sächsischen Bewerbung in der polnisch-

<sup>10</sup> ADOLF BEER (Hg.), *Aufzeichnungen des Grafen William Bentinck über Maria Theresia mit einer Einleitung über die österreichische Politik in den Jahren 1749–1755*, Wien 1871, S. CXXXVII.

<sup>11</sup> Die sächsischen Bemühungen um den polnischen Thron nach dem Tode Augusts III. wurden bereits im 19. Jahrhundert aus der österreichischen, polnischen, preußischen und russischen Perspektive monografisch untersucht. Im Hauptstaatsarchiv in Dresden gibt es noch viele unerforschte Archivstücke, welche die politischen Pläne des kurfürstlichen Ministeriums beleuchten. Zu den wichtigsten Abhandlungen, die das Problem des Interregnums nach dem Tode Augusts III. angehen, gehören: SZYMON ASKENAZY, *Die letzte polnische Königswahl*, Göttingen 1894; WACŁAW MEJBAUM, *O tron Stanisława Augusta*, Lwów 1918, S. 3-67; EDUARD REIMANN, *Die Bewerbungen des Kurfürsten Friedrich Christian und seines Bruders Xaver um die polnische Krone im Jahre 1763/64*, in: *Archiv für Sächsische Geschichte* NF 4 (1878), S. 217-253; RICHARD ROPELL, *Das Interregnum. Wahl und Krönung von Stanislaw August Poniatowski*, Posen 1892; JACEK STASZEWSKI, *Koniec unii z Saksonią*, in: *Mieczysław Wrzosek* (Hg.), *Polska czasów saskich. Materiały z sesji naukowej zorganizowanej przez Instytut Historii Filii UW w Białymstoku*, Białystok 1986, S. 71-89.

<sup>12</sup> ASKENAZY, *Die letzte polnische Königswahl* (wie Anm. 11), S. 20-54.

litauischen Adelsrepublik zwar nicht abgeneigt, ihre Monarchie war aber nach dem Siebenjährigen Krieg gänzlich erschöpft und nicht imstande, eine bedeutendere Hilfe zu leisten. In Wien wurde keine Unterstützung für Friedrich Christian geplant. Die Wiener Hofburg wollte jedoch keine Blamage riskieren, welche Enthüllungen einer völligen Machtlosigkeit nach sich ziehen würde. Gegenüber den sächsischen Diplomaten wurde beabsichtigt, den Anschein eines realen Engagements zu zeigen.<sup>13</sup> Für die österreichische Passivität gab es noch andere Gründe. Neben der auf den Siebenjährigen Krieg zurückgehenden Schwäche diktierte die Rücksicht auf Russland in den polnischen Angelegenheiten Untätigkeit. In Wien wurde gut verstanden, dass die Stimme der russischen Kaiserin im polnischen Interregnum entscheidend war. Spätestens seit November 1762 wussten die österreichischen Staatsmänner, dass der russische Hof sich für die Familie Czartoryski aussprechen wird. Bereits im Oktober 1763 waren sie sich dessen bewusst, dass der ehemalige sächsische Gesandte in Petersburg und Truchsess des Großfürstentums Litauen, Stanisław Antoni Poniatowski, der russische Kandidat ist. Unabhängig von der russisch-preußischen Annäherung, die mit der förmlichen Allianz vom 11. April 1764 gekrönt und in Wien mit höchstem Eifer beobachtet wurde, wurde an der Donau darauf gezählt, dass der russische Hof auf das Bündnis mit der Hohenzollernmonarchie in der Zukunft verzichten und auf eine strikte Zusammenarbeit der Kaiserhöfe zurückkommen würde. Kaunitz äußerte sich gegen diejenigen Projekte, die an der Newa negativ empfunden werden könnten und eine spätere Wiederherstellung der Allianz, die tatsächlich 1781 erfolgte, erschweren könnten. Gleichzeitig, um das sächsische Lager im Reich nicht zu dekomponieren, veranlasste er die sächsischen Staatsmänner nicht, die Bewerbung Friedrich Christians zurückzunehmen. In Dresden konnte der Eindruck erweckt werden, dass der Kaiserhof die sächsische Kandidatur tatsächlich unterstützen würde. Um die österreichische Hilfe bemühte sich besonders Maria Antonia. Angesichts der seit August 1763 kreisenden Gerüchte über preußisch-russische Teilungsprojekte, deklarierte sie in einem Brief an Maria Theresia, dass sie bereit wäre, an einer Teilung der polnisch-litauischen Adelsrepublik teilzunehmen. Ihrem Wunsch zufolge sollten, wenn die Kaiserin keine Möglichkeit sehen würde, sich den Teilungsplänen Berlins und Petersburgs zu widersetzen und vorhätte, einem Teilungsprojekt beizutreten, auch gewisse Landstücke und die Erbfolge in Polen dem Haus Wettin zuteilwerden. Der Vorschlag Maria Antonias rief eine sehr negative Reaktion Maria Theresias hervor.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> ADOLF BEER, *Die erste Theilung Polens*, Bd. 1, Wien 1873, S. 88-91.

<sup>14</sup> Über das Problem angeblicher sächsischer Teilungsprojekte äußerten sich viele Historiker, u. a. BEER, *Die erste Theilung* (wie Anm. 13), S. 110 f.; ALFRED RITTER VON ARNETH, *Maria Theresia's letzte Regierungszeit*, Bd. 2, Wien 1877, S. 36-40; ROPELL, *Das Interregnum* (wie Anm. 11), S. 6; ASKENAZY, *Die letzte polnische Königswahl* (wie Anm. 11), S. 25-30. Die meisten von ihnen kannten den Brief Maria Antonias nicht und berücksichtigten ausschließlich die Antwort Maria Theresias. Das Problem wurde erst 2012 gelöst von ZOFIA ZIELIŃSKA, *Polska w okowach systemu północnego 1763–1766*, Kraków 2012, S. 114-117.

Maria Josepha, Dauphine von Frankreich und Schwester Friedrich Christians, plädierte in Versailles für die sächsische Kandidatur. Das französische Außenministerium verfügte nach dem Siebenjährigen Krieg nicht über zureichende Kräfte und Mittel, um das Wahlergebnis beeinflussen zu können. An der Seine wurde ganz gut verstanden, dass die russische Zarin den Verlauf des Wahlganges entscheiden wird. Es handelte sich aber nicht nur um Katharina die Große, sondern auch um eine immer geringere Bedeutung der polnisch-litauischen Adelsrepublik in der französischen Außenpolitik. Als in den früheren Jahren in Versailles über eine Möglichkeit, die Kandidatur Franz Xavers zu fördern – niemals aber Friedrich Christians, der sich keiner Wertschätzung Ludwigs XV. erfreute, oder Karls, der in Versailles als russophil galt – diskutiert wurde, waren interne Kämpfe im Haus Wettin und unverantwortliche Teilungspläne, die der General Marie-Antoine Bouët de Martange, ein Agent Franz Xavers, in Paris vorstellte, für das französische Außenministerium gute Argumente, um sich nicht aktiver am polnischen Interregnum beteiligen zu müssen. Obwohl unverbindliche Deklarationen über eine Unterstützung der sächsischen Pläne aus Versailles nach Dresden flossen und Diplomaten Ludwigs XV. in der polnisch-litauischen Adelsrepublik gewisse Schritte unternahmen, war das französische Ministerium überzeugt, dass die Kandidatur der Wettiner scheitern müsse.<sup>15</sup>

Wenngleich Karl III. von Spanien, der mit der 1760 verstorbenen Maria Amalia, der Schwester Friedrich Christians, verheiratet war, ein im Frühling 1763 in Madrid diskutiertes Projekt, einen spanischen Prinzen auf den polnischen Thron zu erheben, entschieden abgelehnt hatte, so hatte er nicht vor, polnische Ambitionen des sächsischen Kurfürsten zu fördern.<sup>16</sup> Seinem Schwager riet er vielmehr, falsche Hoffnungen aufzugeben und die sächsische Polenpolitik den politischen Grundsätzen der Alliierten unterzuordnen.<sup>17</sup> Karl III. beabsichtigte nach dem Tod des Kurfürsten umso weniger, sich in das polnische Interregnum einzumischen. Als eine Art Ausgleich kann die finanzielle und diplomatische Unterstützung des

---

<sup>15</sup> CHARLES BRÉARD (Hg.), *Correspondance inédite du général-major de Martange, aide de camp du prince Xavier de Saxe, lieutenant général des armées (1756–1782)*, Paris 1898, S. 205–314; CASIMIR STRYIENSKI, *La mère des trois derniers Bourbons Marie-Josèphe de Saxe et la cour de Louis XV. D'après des documents tirés des inédits Archives royales de Saxe, des Archives des Affaires étrangères etc.*, Paris 1902, S. 291–308; EMANUEL ROSTWOROWSKI, *Gra Trzech Czarnych Orłów*, in: Ders., *Popioły i korzenie. Szkice historyczne i rodzinne*, Kraków 1985, S. 82 f.; vgl. JAKUB BAJER, *La France face à l'élection et à la reconnaissance du roi Stanislas-Auguste (1763–1766)*, unveröffentlichte Diss. Poznań 2015, passim.

<sup>16</sup> Franz Xaver Orsini-Rosenberg, österreichischer bevollmächtigter Minister in Madrid, an Wenzel Anton von Kaunitz, österreichischer Staatskanzler, Madrid, 10., 14. März 1763, in: HANS JURETSCHKE/HANS-OTTO KLEINMANN (Hg.), *Despachos de los representantes diplomáticos de la Corte de Viena acreditados en Madrid durante el reinado de Carlos III (1759–1788)*, Bd. 2: *Los despachos del Conde de Rosenberg, 1762–1763*, Madrid 1971, S. 272, 301.

<sup>17</sup> Rosenberg an Kaunitz, Madrid, 26. Oktober 1763, ebd., S. 367; PEDRO VOLTES, *Aspectos de la política de Carlos III en Polonia*, in: *Hispania* 14 (1954), S. 77–79.

spanischen Hofes für Clemens Wenzeslaus, den jüngsten Sohn Augusts III., in seinen Bemühungen um kirchliche Benefizien gesehen werden.<sup>18</sup>

Bald nach dem Tode Augusts III. schickte Friedrich Christian Briefe an die wichtigeren geistlichen und weltlichen Mitglieder des polnisch-litauischen Senats, in denen er seine Kandidatur auf den Thron der Piasten und Jagiellonen vorlegte. Ähnliche Schreiben an polnische Damen sandte Maria Antonia. Die Empfängerinnen sollten ihre Männer beeinflussen und den Weg für die Wahl des sächsischen Kurfürsten ebnen.<sup>19</sup> Sie schloss nicht aus, dass eine hohe finanzielle Entschädigung Stanisław Antoni Poniatowski, den späteren König, dazu bewegen könnte, seine Kandidatur zurückzunehmen. Sie hoffte, dass die Familie Czartoryski nach dem Rückzug Poniatowskis den sächsischen Kurfürsten unterstützen würde.<sup>20</sup> In Warschau waren viele Vertreter des sächsischen Ministeriums tätig. Inoffizielle Agenten in der polnisch-litauischen Adelsrepublik unterhielten auch die Prinzen Franz Xaver und Karl (darunter Jean-Baptiste d'Aloy, Józef Bratkowski, Karl Leonard Marschall von Bieberstein, Franz Anton Nostitz, Jerzy Wilhelm von Goltz).<sup>21</sup>

Der Tod Friedrich Christians am 17. Dezember 1763 begrub die sächsischen Hoffnungen endgültig. Die Bemühungen der miteinander rivalisierenden Prinzen Franz Xaver und Karl blieben fruchtlos. Im September 1764 wurde Poniatowski unter russischen Bajonetten zum König von Polen gewählt.

Die sächsischen Forscher konnten die kurfürstlichen Bemühungen zwar nicht negieren, doch waren sie bestrebt, deren Bedeutung zu minimieren. Königliche Ambitionen und böse Absichten schrieben sie in erster Linie der Kurfürstin Maria Antonia, der Gattin Friedrich Christians, zu. Diese Sichtweise bringt ein Paradoxon hervor. Das Ende der polnisch-sächsischen Union war nicht die Folge der Entscheidung Friedrich Christians, sondern das Ergebnis der gescheiterten Königswahl in Polen. Die alte sächsische Geschichtsschreibung schrieb jedoch die

<sup>18</sup> Rosenberg an Kaunitz, Madrid, 30. Januar 1764, in: JURETSCHKE/KLEINMANN, *Despatches de los representantes diplomáticos* (wie Anm. 16), Bd. 3: *Los despachos del Conde de Rosenberg. 1764–1765. Los despachos del Encargado de Negocios Lebzelter*, Madrid 1972, S. 27.

<sup>19</sup> *Exempli gratia*: Friedrich Christian an Waclaw Rzewuski, Woiwode von Krakau und Feldhetman der polnischen Krone, Dresden, 6. Oktober 1763, in: LEON RZEWUSKI (Hg.), *Kronika Podhorecka 1706–1779*, Kraków 1860, S. 221 f.; KAZIMIERZ RUDNICKI, *Biskup Kazimierz Sołtyk*, Kraków 1906, S. 52.

<sup>20</sup> SERGEI M. GORAIHOW (Hg.), *Mémoires du roi Stanislas-Auguste Poniatowski*, Bd. 1., St.-Pétersbourg 1914, S. 491.

<sup>21</sup> WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, D'Aloy Jan Baptysta, in: Ders. (Hg.), *Polski Słownik Biograficzny* 1, Kraków 1935, S. 80 f.; JERZY MICHAŁSKI, *Dyplomacja polska w latach 1764–1795*, in: Zbigniew Wójcik (Hg.), *Historia dyplomacji polskiej*, Bd. 2: 1572–1795, Warszawa 1982, S. 500; JERZY DYGAŁA, *Z saskich zabiegów o polską koronę w 1764 r. Dwuznaczna misja w Rzeczypospolitej generała Jerzego Wilhelma Goltza*, in: *Zapiski Historyczne* 65 (2000), Heft 3-4, S. 91-106; vgl. auch JUDITH MATZKE, *Gesandtschaftswesen und diplomatischer Dienst Sachsens 1694–1763* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 36), Leipzig 2011, *passim*.

*Befreiung vom polnischen Joch und den Abbruch der unnatürlichen Beziehungen mit Polen* dem Willen des Kurfürsten zu und wertete dies als seinen Erfolg.<sup>22</sup> Ganz ähnlich stellt sich die angebliche Neutralität und Passivität des Kurfürstentums nach dem Tode Friedrich Christians dar.

Negative Erfahrungen aus dem polnischen Interregnum nach dem Tode des Königs August III. gaben den sächsischen Gelehrten und Reformern Anlass zur kritischen Auseinandersetzung mit der sächsischen Außenpolitik. Die sächsische Historiografie hat dies als Kritik an der Polenpolitik interpretiert. Diese Reflexionen können sich aber auch auf andere gescheiterte Initiativen des Dresdner Hofes bezogen haben. Zu nennen sind zum Beispiel die Bemühungen des jüngeren Sohnes Augusts III., Clemens Wenzeslaus, um das Erbe des Herzogs Clemens August von Bayern in den nordwestdeutschen Reichsstiften oder etwa die Hochzeitsabsichten der jüngsten Tochter, Maria Kunigunde, mit Kaiser Joseph II. Die sächsischen Reformer schlugen vor, den politischen Misserfolg auf internationaler Ebene durch verstärkte Bemühungen im Bereich der internen Reformen zu kompensieren. Friedrich Anton von Heynitz, einer der bedeutendsten deutschen Ökonomen der Epoche, forderte, die Ausgaben für die Diplomatie radikal einzuschränken und sich auf die Innenpolitik zu konzentrieren.<sup>23</sup> Freiherr von Fritsch rief hingegen dazu auf, die Handelsbeziehungen mit den deutschen Nachbarn und mit Polen zu pflegen und den Moment abzuwarten, in dem der Griff nach der polnischen Krone wieder im Bereich der politischen Möglichkeiten des Dresdner Hofes sei. Für unzulässig hielt er es jedoch, schlicht dem Ehrgeiz des Kurfürsten nachzugeben, wenn sich dessen Streben nach der Krone als schädlich für die sächsischen Interessen erweisen könnte.<sup>24</sup> Wie stark die sächsischen Gegner einer Erneuerung der Personalunion zwischen dem sächsischen Kurfürstentum und der polnisch-litauischen Adelsrepublik waren, ist schwer einzuschätzen. Es ist jedoch bekannt, dass sich sowohl die sächsischen Kurfürsten als auch ihre Außenminister für eine Rückkehr auf den Thron der Piasten und Jagiellonen vorbereiteten.

Noch vor der Königswahl Poniatowskis bemühte sich Karl von Flemming, der sächsische Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, die Beziehungen zwischen Sachsen und Russland zu intensivieren. Er spekulierte auf eine Wende in der russischen Polenpolitik. Die nächsten Monate bestärkten ihn in der Überzeugung, dass sich der zuvor gekrönte Stanislaus II. August, der

---

<sup>22</sup> „Dass es in Sachsen keine tiefgehende Neigung für die Verbindung mit Polen gab, zeigte sich [...] im Jahre 1763, als nur eine wenig einflussreiche Gruppe am Dresdner Hofe für die erneute Bewerbung um den polnischen Thron auftrat [...]. Sachsen war von einer Last befreit“, KARLHEINZ BLASCHKE, *Sachsens Interessen und Ziele in der sächsisch-polnischen Personalunion*, in: Rex Rexhauser (Hg.), *Die Personalunionen von Sachsen-Polen 1697–1763 und Hannover-England 1714–1837. Ein Vergleich (Quellen und Studien Deutsches Historisches Institut Warschau 18)*, Wiesbaden 2005, S. 16.

<sup>23</sup> FRIEDRICH ANTON VON HEINITZ, *Tabellen über die Staatswirtschaft eines europäischen Staates der vierten Größe*, Leipzig 1786.

<sup>24</sup> *Denkschrift von Fritsch*, November 1765, in: SCHLECHTE, *Staatsreform* (wie Anm. 1), S. 551.

seinen zweiten Vornamen Antoni auf August änderte und der in Polen wichtige Wirtschafts- und Verfassungsreformen zu initiieren suchte, schnell als allzu unabhängig erweisen und die russische Zarin daraufhin im sächsischen Kurfürsten einen Kandidaten sehen würde, der eine vollständige Unterwerfung Polens gegenüber Russland garantierte. Mit anderen Worten setzte Flemming darauf, dass die von Stanislaus II. August in Gang gesetzten Reformen Katharina die Große bald verstimmten und Poniatowski, der den Thron durch russische Gnaden bestiegen hatte, durch einen ‚berechenbaren‘ Wettiner ersetzt würde. Der Regent und Administrator Franz Xaver verfolgte einen anderen Weg. In der Hoffnung auf französische Hilfe hatte er vor, Sachsens Militärpotenzial zu verstärken. Eine starke Armee erhöhte seiner Ansicht nach Sachsens Bedeutung im Reich und gab einem sächsischen Fürsten größere Chancen im Wettbewerb um die polnische Krone. Diese Pläne wurden jedoch von den sächsischen Landständen durchkreuzt, indem sie sich der vorgeschlagenen Steuererhöhung entgegenstellten.<sup>25</sup>

Es ist zu betonen, dass die sächsisch-polnische Vereinbarung aus dem Jahr 1765, in der die sächsisch-polnischen Beziehungen wieder aufgenommen und Stanislaus August als König anerkannt wurde, die politischen Absichten Xavers und der sächsischen Minister nicht änderten. Der Dresdner Hof hatte in dem Abkommen die Rechtmäßigkeit der Wahl Stanislaus Augusts anerkannt, jedoch keinen Verzicht auf die Bestrebungen deklariert, die sächsisch-polnische Personalunion zu einem späteren Zeitpunkt wiederherzustellen. In den Verhandlungen über die gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen forderte der Dresdner Hof eine Tilgung der früheren sächsischen Schulden der polnisch-litauischen Adelsrepublik gegenüber und eine Garantie für sächsische Grundstücke und Immobilien in Polen. An der Elbe wurden zusätzlich eine Meistbegünstigungsklausel für die in Polen tätigen sächsischen Käufer und lebenslange Apanagen für die ältesten Söhne des verstorbenen Königs, Franz Xaver und Karl, erwartet. Auf einen gegenseitigen Verzicht auf finanzielle Forderungen und eine Garantie für die sächsischen Grundstücke und Immobilien in Polen verständigten sich beide Seiten ziemlich schnell. Die Forderung, den Prinzen die Pensionen zu gewähren, wurde vom polnischen Hof abgelehnt, weil sie den Staatshaushalt erheblich belastet hätten.<sup>26</sup> In

<sup>25</sup> Die sächsischen Historiker waren nicht imstande, Xavers Handlungsmotive zu erklären. Viele vermuteten, dass er sein Streben nach der polnischen Krone verleugnet hätte. Dieser Einschätzung ist zu widersprechen. Oskar Hüttig, der Monograf des Landtags von 1766, auf dem die Stände gegen die Pläne des Regenten Widerspruch erhoben hatten, stellte folgende Hypothese auf: „Allein die Hauptfrage ist: Weshalb hielt er trotz der Not des Landes so zähe an seinen Plänen fest? Es ist erwiesen, dass er sich erstlich um die polnische Krone bemüht hat. Hat er die reorganisierten Truppen für seine Zwecke verwenden wollen? Der Umstand, dass er bereits 1765 endgültig auf seine Ansprüche in Polen verzichtete, macht diese Erklärung hinfällig. Wir meinen, es war vor allem das Gefühl der Verantwortlichkeit des Vormundes, das ihn trieb“, OSKAR HÜTTIG, *Der kursächsische Landtag von 1766*, Diss. Leipzig 1902, S. 66.

<sup>26</sup> *Acte de renonciation à toutes prétentions de Son Altesse Électorale de Saxe à la charge du Roi et de la République de Pologne*, 6. Oktober 1765, in: AUGUSTINO THEINER (Hg.), *Vetera monumenta Poloniae et Lithuaniae gentiumque finitimarum historiam illustrantia*, Bd. 4/2, Romae 1864, S. 88.

Dresden wusste man, dass nur das Eingreifen der russischen Diplomatie Erfolg garantieren könnte. August Franz von Essen, sächsischer Diplomat in Warschau, sprach darüber mit den russischen Gesandten bereits Mitte des Jahres 1764. In Petersburg wurde beabsichtigt, das Haus Wettin mit den Hoffnungen auf eine Unterstützung zu kokettieren. Für die russische Zarin war diese Tatsache nicht unwichtig. Sie musste keine Verpflichtungen eingehen, gleichzeitig konnte sie aber die Dankbarkeit der kurfürstlichen Familie erwarten. Unabhängig davon, dass Katharina die Große nicht vorhatte, einen Wettiner zur polnischen Krone zuzulassen, wollte sie die guten Beziehungen zum Kurfürstentum behalten. Das Haus Wettin hätte nämlich als ein Instrument zur Verstärkung des politischen Einflusses Russlands im Reich fungieren können.<sup>27</sup>

Das Amt des Kabinettsministers und Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten übte Flemming bis zu seinem Tod im August 1767 aus.<sup>28</sup> Danach wurde Leopold Nikolaus von Ende, seit 1766 Kabinettsminister und Staatssekretär der inneren Angelegenheiten, zum vorübergehenden Leiter der Außenpolitik ernannt. Einen neuen Minister hätte Friedrich August III. auswählen sollen, wenn er im Dezember 1768 das regierungsfähige Alter erreicht hatte. Franz Xaver hatte aber schon im Juli 1768 den bisherigen sächsischen Gesandten in Petersburg, Karl Johann von der Osten, genannt Sacken, zum neuen Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, vermutlich im Hinblick auf die Gründung der Konföderation von Bar und damit des Ausbruchs des Bruderkrieges in Polen. Der Minister, der vertrauliche Kontakte zum Leiter der russischen Außenpolitik Nikita Ivanovič Panin gepflegt hatte, versprach einen Erfolg in der sächsischen Polenpolitik.<sup>29</sup> Die Konföderation von Bar belebte die Hoffnungen auf die Wiedererlangung der Königskrone der Piasten und Jagiellonen. Diese Hoffnungen waren umso größer, als die sächsische Diplomatie mit der Erhebung

---

<sup>27</sup> Eine wichtige Rolle bei der Beilegung der sächsischen Finanzforderungen spielte der russische Botschafter in Polen, Nikolaj Vasiljevič Repnin. Franz Xaver und Karl erhielten mit Entscheidung des unter russischen Bajonetten beratenden Reichstags 1767/68 lebenslange Pensionen (12 000 Dukaten jährlich für jeden Prinzen) als Belohnung für das sächsische Engagement bei der Bildung der Konföderation von Radom. Pensja dwom królewiczom polskim, Ksaweremu i Karolowi, in: JOZAFAT OHRYZKO (Hg.), *Volumina legum*, Bd. 7, Petersburg 1860, fol. 609; BORIS V. NOSOW, *Ustanovljene rossijskogo gospodstva w Rieči Pospolitoj, 1756–1768*, Moskva 2004, S. 422–425; ZIELIŃSKA, *Polska w okowach* (wie Anm. 14), S. 278.

<sup>28</sup> HEINRICH THEODOR FLATHE, Flemming Carl Georg Friedrich Graf von, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* 7 (1878), S. 118, Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de>; GÜNTHER MEINERT, Flemming Carl Georg Friedrich Graf von, in: *NDB* 5 (1961), S. 240 f.

<sup>29</sup> Franz Josef Wurmbrand, österreichischer Gesandter in Dresden, an Kaunitz, Dresden, 1., 5. August 1768, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (im Folgenden: HHStA Wien), Staatskanzlei (im Folgenden: SK), Sachsen 15, fol. 269–269<sup>v</sup>, 276; CARL VON WEBER, *Zur Geschichte des sächsischen Hofes und Landes unter Friedrich August III.*, in: *Archiv für Sächsische Geschichte* 8 (1870), S. 23 f.; SERGEI M. GORIAINOW (Hg.), *Mémoires du roi Stanislas-Auguste Poniatowski*, Bd. 2, Leningrad 1924, S. 492 f.

Clemens Wenzeslaus' auf den erzbischöflichen Stuhl in Trier einen großen Erfolg im Reich erreicht hatte.<sup>30</sup>

An der Elbe formierten sich zwei politische Lager, die allerdings nur scheinbar gegensätzlich waren. Sacken setzte seine Hoffnungen auf die Unterstützung Katharinas der Großen. Maria Antonia zählte auf die Hilfe Spaniens und Frankreichs sowie auf den Beistand des preußischen Königs. Kurfürst Friedrich August III. selbst bemühte sich um ein Gleichgewicht zwischen beiden Gruppierungen: Er versicherte dem Minister seine Unterstützung, aber versprach gleichzeitig seiner Mutter Handlungsfreiheit in der Polenpolitik. Die Ambitionen beider politischer Fraktionen waren letztlich ähnlich: Der königliche Titel sollte die Autorität des sächsischen Kurfürsten und die Bedeutung seines Staates auf der deutschen und europäischen politischen Bühne erhöhen. Zudem sollte die sächsisch-polnische Personalunion den sächsischen Handel in Polen erleichtern und damit auch wirtschaftliche Vorteile für sächsische Kaufleute mit sich bringen.<sup>31</sup>

Um Maria Antonia, die Witwe Friedrich Christians, und den Prinzen Karl, dessen Bruder, sammelte sich hingegen ein politisches Lager, das seine Hoffnungen auf den Thronverlust Stanislaus Augusts in die Anführer der Konföderation von Bar setzte. Diese sprachen sich gegen die russische Vorherrschaft in Polen aus und wurden darin von Frankreich, Österreich und dem Osmanischen Reich unterstützt. Der ‚Secret de l'Électrice‘ akzeptierte das politische Programm der in der sächsischen Partei versammelten polnischen Magnaten und Adligen. Vor der Königswahl sollten Reformen durchgeführt werden, welche die Rechte und Privilegien des polnischen Adels für die Zukunft sichern sollten. Die Kurfürstin-Witwe hoffte auch auf eine preußische Unterstützung. Zweimal, 1769 und 1770, reiste sie nach Berlin und sprach über die polnischen Angelegenheiten mit Friedrich dem Großen, der aber nicht beabsichtigte, sächsische Ambitionen zu fördern.<sup>32</sup> Die finanzielle Erschöpfung Sachsens sowie persönliche Frustration entmutigten je-

---

<sup>30</sup> Die sächsische Polenpolitik in den Jahren 1768 und 1772 wurde noch nicht monografisch untersucht. Viele wichtige Bemerkungen wurden jedoch am Rande der Forschungen über andere Probleme gemacht. Einen wesentlichen Beitrag leisteten Abhandlungen von MEJBAUM, *O tron Stanisława Augusta* (wie Anm. 11), S. 97-185; WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, *Konfederacja barska*, Bd. 1-2, Warszawa 1991; JERZY MICHAŁSKI, *Schyłek konfederacji barskiej*, Wrocław 1970; und TADEUSZ CEGIELSKI, *Das alte Reich und die erste Teilung Polens 1768-1774* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 17), Stuttgart/Warszawa 1988, S. 97-118. Die politischen Grundsätze des sächsischen Ministeriums gegenüber der polnisch-litauischen Adelsrepublik in den Jahren 1768 bis 1772 beschreibe ich auf der Grundlage der oben genannten Fachliteratur.

<sup>31</sup> AGATHA KOBUCH, *Der Widerhall in Kursachsen auf das Angebot der Krone der Rzeczpospolita durch die polnische Verfassung vom 3. Mai*, in: Kazimierz Wajda (Hg.), *Między wielką polityką a szlacheckim partykularzem. Studia z dziejów nowożytnej Polski i Europy ku czci Jacka Staszewskiego*, Toruń 1993, S. 318.

<sup>32</sup> CARL VON WEBER, *Maria Antonia Walpurgis, Churfürstin zu Sachsen, geb. kaiserliche Prinzessin in Bayern*. Beiträge zu einer Lebensbeschreibung derselben, Bd. 1, Dresden 1857, S. 218-276.

doch Maria Antonia, die sich im Frühling 1771 von ihrer bisherigen aktiven Polenpolitik zurückzog. Sie riet ihrem Sohn, seine Bemühungen um den polnischen Thron zwar nicht aufzugeben, jedoch die Krone nie von russischen Gnaden anzunehmen. Sacken, der von der entscheidenden Bedeutung Russlands in polnischen Angelegenheiten überzeugt war, vertrat die Meinung, dass Friedrich August III. ausschließlich von Gnaden der russischen Zarin den Warschauer Thron besteigen könne. Um die polnische Krone für die sächsische Dynastie zu sichern, hätte er sogar die Souveränität des Kurfürstentums und des Königreichs Polen geopfert: Sein Herr würde zum Werkzeug der Zarin zur Einflussnahme im Reich und zum Ausführenden ihrer Befehle in Polen. Vom Wert der Beziehungen mit Russland überzeugt, gab er Ende des Jahres 1771 die Hoffnungen auf den Throngewinn offen zu. Er erwartete, dass Russland, Preußen und Österreich den polnischen Adel dazu zwingen würden, dem Kurfürsten die polnische Krone anzubieten, wenn sich dieser im Gegenzug verpflichtete, das *liberum veto* aufrechtzuerhalten (*liberum veto* war das Recht eines jeden Abgeordneten im polnischen Sejm, der polnisch-litauischen Adelsversammlung, durch seinen Einspruch einen Beschluss zu verhindern). Russische Andeutungen, die im Mai 1772 aufs Tapet kamen und die Teilnahme Sachsens an der ersten Teilung Polens vorsahen, wurden von Sacken entschieden zurückgewiesen. Der Minister verstand, dass sie sich wahrscheinlich zum Ziel setzten, den sächsischen Hof in den Augen der polnischen Öffentlichkeit zu kompromittieren.<sup>33</sup> Obwohl Sacken sich für eine enge Zusammenarbeit mit Russland aussprach, versäumte er es nicht, Unterstützung für die sächsische Kandidatur in der polnisch-litauischen Adelsrepublik auch an anderen europäischen Höfen zu suchen: vor allem in Versailles. Als seine Beziehungen zu Maria Antonia sich Ende 1770 bedeutend verschlechtert hatten, bemühte er sich, die französische Hilfe durch die schwedische Vermittlung zu gewinnen.<sup>34</sup> Widersprüche und Missverständnisse zwischen den Hofkoterien waren scheinbarer und vorübergehender Natur. An der Elbe wurde eine mehrgleisige Politik betrieben. Das Ziel war, sich des Weges zur Wiederherstellung der sächsisch-polnischen Union auch in dem Fall zu versichern, wenn die Bemühungen in Petersburg nicht zu erwarteten

---

<sup>33</sup> WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, *Pierwszy rozbiór Polski*, Kraków 2010, S. 169. Das Projekt, Sachsen in die Teilungspläne der Mächte einzukalkulieren, ging im Mai 1772 vermutlich vom russischen Botschafter in Polen, Kaspar von Saldern, aus. Essen, der eingeladen wurde, eine Liste mit erwünschten Erwerbungen vorzustellen, wies auf Territorien in Brandenburg und Schlesien hin, die den direkten Handel mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik ermöglichen würden. In einer nach Dresden geschickten Denkschrift, die von Konopczyński nicht analysiert worden ist, beschränkte der Diplomat den Katalog sächsischer Ansprüche auf gewisse Erleichterungen für den sächsischen Handel im Reich; Essen an Karl Johann von der Osten genannt Sacken, sächsischer Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Warschau, 3. Juni 1772, Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: HStA Dresden), 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3545/4, unpaginiert.

<sup>34</sup> WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, *Polska a Szwecja. Od pokoju oliwskiego do upadku Rzeczypospolitej 1660–1795*, Warszawa 1924, S. 332, Anm. 127.

Ergebnissen führen würden oder sich die internationale Situation verändern würde.<sup>35</sup>

Die Hilfe, die der sächsische Hof der Konföderation von Bar leistete, war wegen der begrenzten finanziellen Leistungsfähigkeit des Kurfürstentums sehr gering. Das Kapital des sächsischen Ministeriums war die Begeisterung eines großen Teils des polnisch-litauischen Adels für das Haus Wettin. Sie wurde zusätzlich durch die zahlreichen Kontakte Maria Antonias und Karls mit den Anführern der Konföderation von Bar vermehrt. Den letzteren gelang es jedoch nicht, eine Erklärung des Kurfürsten zu erlangen, dass er bereit sei, den Thron der Piasten und Jagiellonen zu besteigen.<sup>36</sup> In den europäischen Kabinetten wurde darüber diskutiert, ob Friedrich August III. tatsächlich Anspruch auf die polnische Krone erheben würde. Zu den potenziellen Bewerbern wurden auch seine Onkel gezählt: Franz Xaver, Karl und Albrecht Casimir. Obwohl viele europäische Staatsmänner bereit waren zu akzeptieren, dass bald ein Wettiner auf den polnischen Königsthron erhoben würde,<sup>37</sup> waren die Chancen des sächsischen Hofes eher gering. Im Juli 1769 stellte Friedrich der Große fest: *Le règne des Saxons est passé.*<sup>38</sup>

Ende der 1760er-Jahre spürte Sachsen die Folgen des Siebenjährigen Krieges: Die Staatsfinanzen waren noch nicht in Ordnung gebracht, die Armee nicht ausreichend gestärkt und der Handel durch die merkantilistische Politik der Nachbarn blockiert. Den entscheidenden Einfluss auf das Scheitern der sächsischen Polenpolitik hatte eine für das Kurfürstentum ungünstige internationale Situation. Unabhängig von der inkonsequenten und widersprüchlichen Politik des sächsischen Hofes konnte der Kurfürst in keiner Weise auf eine Unterstützung Österreichs und Preußens hoffen. Beide Höfe folgten dem Grundsatz, die Freundschaft der russischen Zarin nicht zu verlieren, und betrachteten die polnisch-litauische Adelsrepublik als alleinige Einflussphäre Russlands.

Zwar scheiterten die während der Konföderation von Bar unternommenen Versuche, die polnische Krone zurückzuerlangen, doch blieb dieses Ziel auf der Agenda des Dresdner Hofes. Im April 1772 stellte Konferenzminister Christian Gotthelf von Gutschmid die Ziele der sächsischen Außenpolitik vor. Das vorran-

<sup>35</sup> MICHALSKI, *Dyplomacja polska* (wie Anm. 21), S. 515 f.

<sup>36</sup> Deswegen wurden noch andere potenzielle Kandidaten in Erwägung gezogen, z. B. Prinz Heinrich Ludwig von Preußen, Ferdinand I. von Bourbon-Parma, Friedrich II. von Hessen-Kassel, KONOPCZYŃSKI, *Konfederacja barska* (wie Anm. 30), Bd. 2, S. 570-573; LUDOLF PELIZAEUS, *Der Aufstieg Württembergs und Hessens zur Kurwürde 1692–1803* (Mainzer Studien zur Neueren Geschichte 2), Frankfurt am Main 2000, S. 379-382.

<sup>37</sup> Johann Hartwig Ernst von Bernstorff, dänischer Außenminister, an Armand François Louis Mestral de Saint-Saphorin, dänischer Minister und bevollmächtigter Gesandter in Warschau, Kopenhagen, 5. September 1769, in: PETER AUGUST VEDEL (Hg.), *Correspondance ministérielle du comte J.H.E. Bernstorff*, Bd. 2: 1751–1770, Copenhague 1882, S. 437.

<sup>38</sup> Friedrich II. von Preußen an Adrian Heinrich von Borcke, preußischer Legationssekretär in Dresden, Potsdam, 18. Juli 1769, in: GUSTAV BERTHOLD VOLZ (Hg.), *Politische Correspondenz Friedrichs des Großen*, Bd. 28, Berlin 1903, S. 443.

gige Streben galt demnach der Erlangung der polnischen Krone, gefolgt von dem Vorhaben, den kurländischen Thron nach dem Aussterben der in Mitau regierenden Familie von Biron erneut zu gewinnen. An dritter Stelle stand das Ziel, die sächsischen Ansprüche auf die bayerische Allodialsukzession durchzusetzen.<sup>39</sup>

In ganz Europa wurde in den 1770er-Jahren vermutet, dass das vorrangige Ziel der sächsischen Diplomatie war, die Union mit der Adelsrepublik zu erneuern. In dieser Sache waren sich sogar die größten Opponenten einig: der preußische König Friedrich der Große und der österreichische Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz.<sup>40</sup>

An der Elbe wurde das Vorgehen Stanislaus II. August mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die sächsischen Staatsmänner zählten darauf, dass der polnische König für seinen Widerstand den Teilungsmächten gegenüber mit Entthronung bestraft werde, was wiederum den Weg für die Wiederherstellung der sächsisch-polnischen Personalunion ebnet würde. August Franz von Essen sprach mehrmals darüber mit dem preußischen und russischen Diplomaten in Warschau.<sup>41</sup> Otto Magnus von Stackelberg, ein neuer russischer Botschafter an der Weichsel, der auf eine Zusammenarbeit mit den Anhängern der sächsischen Partei hoffte, deutete an, dass der russische Hof nach dem Tode Stanislaus II. August die sächsische Kandidatur unterstützen könnte. Essen nahm diese unverbindlichen Äußerungen für bare Münze.<sup>42</sup>

Das sächsische Ministerium interessierte sich lebhaft für die Vorbereitungen für den polnischen Sejm, auf dem die erste Teilung Polens beschlossen wurde (1773–1775). Die wichtigste Frage für den Dresdner Hof war das in der polnischen Adelsversammlung diskutierte Vorhaben, Ausländer von der Bewerbung um die polnische Krone auszuschließen. Die sächsischen Minister bemühten sich um die Unterstützung durch die Wiener Hofburg. Gutschmid überzeugte den Kurfürsten im Mai 1773 davon, dass die Erneuerung der Union nur mit österreichischer Unterstützung möglich sei. Gesten und Bekundungen guten Willens sowie einige konkrete Schritte seitens der österreichischen Diplomatie in der Diskussion über

---

<sup>39</sup> CEGIELSKI, Das alte Reich (wie Anm. 30), S. 104–111.

<sup>40</sup> Beispielweise: *Die dermalige Hauptabsicht des chursächsischen Hofes und gleichsam der Mittelpunkt seiner ganzen Politik scheint noch immer auf den polnischen Thron gerichtet zu sein*; Kaunitz an Philipp Franz Knebel von Katzenellenbogen, österreichischer bevollmächtigter Minister und außergewöhnlicher Gesandter in Dresden, Wien, 27. April 1771, HHStA Wien, SK, Instruktionen, 4, fol. 139<sup>v</sup>; *On voit bien, qu'elle* [der sächsische Hof] *ne saurait oublier ce royaume et que ce trône reste constamment l'idée dominante de l'Électeur*, Friedrich II. von Preußen an Borcke, Potsdam, 30. November 1774, in: VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 38), Bd. 36, Berlin 1914, S. 183.

<sup>41</sup> JERZY MICHALSKI, *Rejtan i dylematy Polaków w dobie pierwszego rozbioru*, in: Ders., *Studia historyczne*, Bd. 1: *Polityka i społeczeństwo*, hrsg. von Zofia Zielińska/Wojciech Kriegseisen, Warszawa 2007, S. 166.

<sup>42</sup> KONOPCZYŃSKI, *Konfederacja barska* (wie Anm. 30), Bd. 2, S. 310 f.; MICHALSKI, *Rejtan i dylematy Polaków* (wie Anm. 41), S. 178 f., 187; WACŁAW SZCZYGIELSKI, *Krasiński Adam*, in: Emanuel Rostworowski (Hg.), *Polski Słownik Biograficzny*, Bd. 15, Wrocław 1970, S. 164.

die Ausschließung ausländischer Bewerber ergaben sich aus dem Umstand, dass der Kaiserhof beabsichtigte, die frühere sächsische Fraktion in der polnisch-litauischen Adelsrepublik zur Formierung einer eigenen Partei zu benutzen. Das in dieser Angelegenheit von dem österreichischen Gesandten in Warschau deklarierte *votum separatum* bewegte den kursächsischen Hof, wieder auf die Unterstützung durch die Wiener Hofburg zu setzen. Wegen der widersprüchlichen Interessen des Wiener und Berliner Hofes im Reich verschlechterten sich schon bald die Beziehungen Sachsens zu Österreich, und die sächsischen Minister unternahmen einen neuen Versuch, sich Preußen anzunähern. Dabei wurde eine Änderung der sächsischen Prinzipienhierarchie vorgenommen. Zuvörderst wurde angestrebt, die bayerische Allodialsukzession zu sichern. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die polnische Krone aus dem politischen Blickfeld verschwand.<sup>43</sup>

Die sächsischen Diplomaten wurden angewiesen, die russische, preußische und österreichische Polenpolitik zu beobachten und bei günstiger Gelegenheit an entsprechender Stelle darauf hinzuweisen, dass der Kurfürst nicht zögern würde, eine Einladung auf den polnischen Thron anzunehmen. Es gab nur eine Bedingung: Die sächsische Kandidatur müsste durch die europäischen Großmächte akzeptiert werden.<sup>44</sup>

## II. Pfründenpolitik

Nach dem Jahre 1747 interessierte sich der Dresdner Hof reger für die kirchlichen Benefizien. Entscheidend war dabei die Annäherung an die Wittelsbacher, die seit Jahrzehnten zahlreiche kirchliche Pfründe am Niederrhein, in Bayern und in der Oberpfalz besaßen. Clemens August (1700–1761), Großonkel des bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph und sogenannter *Monsieur de Cinq Eglises*, hatte die Leitung der Erzdiözese Köln und zudem noch der Diözesen Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück inne. Gleichzeitig bekleidete er das Amt

<sup>43</sup> Gemäß der Gesetzgebung des sog. Teilungsreichstags (1773–1775) durfte auf den polnischen Thron nur ein gebürtiger polnischer Adliger, der über Landgüter in Polen oder Litauen verfügte, erhoben werden. Aus dem Kreis der Bewerber wurden Söhne und Enkel des verstorbenen Monarchen ausgeschlossen; *Acte séparé* mit Russland, 15. März 1775, Art. 2, § 1–2, JOZAFAT OHRYZKO (Hg.), *Volumina legum*, Bd. 8, Petersburg 1860, fol. 62. An der Elbe wurde gehofft, dass die sächsischen Prinzen und ihre Nachfahren als Grundbesitzer in der polnisch-litauischen Adelsrepublik das Recht hätten, ihre Kandidatur vorzustellen. Diese Hoffnungen waren umso lebendiger, weil eine Elektion der Ausländer *explicite* auf Antrag des österreichischen Gesandten in Polen, Karl Reviczkys, nicht ausgeschlossen wurde. WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, *Geneza i ustanowienie Rady Nieustającej*, Kraków 1917, S. 330–332; DOROTA DUKWICZ, *Rosja wobec sejmu rozbiorowego warszawskiego (1772–1775)*, Warszawa 2015, S. 105.

<sup>44</sup> Heinrich Gottlieb von Stutterheim, sächsischer Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, an Friedrich August von Zinzendorf und Putten-dorf, sächsischer bevollmächtigter Minister in Berlin, Dresden, 11. Juli 1777, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3397/7, unpaginiert.

des Hochmeisters des Deutschen Ordens.<sup>45</sup> Sein jüngerer Bruder, Kardinal Johann Theodor (1703–1763), übte das Bischofsamt in Regensburg, Freising und Lüttich aus.<sup>46</sup> Während des Siebenjährigen Krieges wurden die nordwestdeutschen Reichsstifte zu einem Interessenschwerpunkt der europäischen Großmächte. Mit den säkularisierten kirchlichen Benefizien wurde im Rahmen der antipreußischen Koalition beabsichtigt, die von den Kriegshandlungen am meisten betroffenen Reichsstände zu entschädigen. In England, Preußen und den Vereinigten Provinzen wurde auf Kosten verschiedener Reichsstifte gleichzeitig eine territoriale Vergrößerung in Erwägung gezogen. Die Frage wurde nach dem Tode Clemens Augusts im Februar 1761 wieder aktuell. Außer Osnabrück, wo der Westfälische Frieden eine alternative Sukzession eingeführt und den Wechsel zwischen einem katholischen und einem evangelischen Fürstbischof aus dem Welfenhaus vorgesehen hatte, blieben noch vier Hochstifte zu besetzen. Einer der Bewerber war Kardinal Johann Theodor, der auf die Unterstützung des Münchner Hofes zählen konnte. Auch Kursachsen wollte sich am Wahlkampf beteiligen. Am königlich-kurfürstlichen Hof, der sich während des Siebenjährigen Krieges in Warschau aufhielt, wurde gehofft, dass zumindest ein Teil des Erbes des verstorbenen Kölner Erzbischofs dem jüngsten Sohn Augusts III., Clemens Wenzeslaus, zufallen würde. Im Januar 1761 entschied sich der Prinz, dem geistlichen Stand beizutreten. Die Bemühungen des sächsischen Hofes, ihm kirchliche Pfründe am Niederrhein und/oder in Westfalen zu verschaffen, standen mit den Projekten der Entschädigung Kursachsens in Nordwestdeutschland im Zusammenhang.

Die Hoffnungen auf einen Erfolg Clemens Wenzeslaus' in Köln waren absolut grundlos. Versailles, Mannheim und München wünschten sich die Wahl Johann Theodors. Wien sprach sich wiederum gegen eine Verstärkung der beherrschenden Stellung der Wittelsbacher am Rhein aus und unterstützte Maximilian Friedrich von Königsegg-Rothenfels, einen Bewerber *ex gremio capituli*. Clemens Wenzeslaus selbst verzichtete auf die Wahl in Münster. Er hoffte, dass er damit größere Chancen in Paderborn und Hildesheim besäße.<sup>47</sup> Die sächsischen Ansprüche in Westfalen wurden vom Heiligen Stuhl willkommen geheißen. Für die römische Kurie hätte ein Fürstbischof aus dem Haus Wettin, der mit den meisten europäischen Herrschern verwandt war, gewährleisten können, dass die Bistümer nicht säkularisiert würden. Die Wiener Hofburg, obwohl sie sich ebenso zum Ziel setzte, die bisherigen Verfassungsstrukturen in Nordwestdeutschland zu erhalten, beabsichtigte nicht, größere Mittel zugunsten Kursachsens aufzuwenden. Trotz

<sup>45</sup> MAX BRAUBACH, Clemens August, in: NDB 3 (1957), S. 282.

<sup>46</sup> MANFRED WEITLAUFF, Kardinal Johann Theodor von Bayern. Fürstbischof von Regensburg, Freising und Lüttich, Ein Bischofsleben im Schatten der kurbayerischen Reichskirchenpolitik (Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 4), Regensburg 1970.

<sup>47</sup> WILHELM STOECKER, Die Wahl Maximilian Friedrichs von Königsegg-Rottenfels zum Erzbischof von Köln und Bischof von Münster 1761/62, Münster 1910; HERIBERT RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen und seine Zeit 1739–1812, Bd. 1: Dynastie, Kirche und Reich im 18. Jahrhundert, Freiburg 1962, S. 129–153.

gewisser Unterstützung durch den Versailler Hof, wo die Pläne Clemens Wenzeslaus' von Maria Josepha gefördert wurden, wurden die Mitglieder der Domkapitel Wilhelm Anton von der Asseburg und Friedrich Wilhelm von Westphalen auf die bischöflichen Stühle erhoben. Für dieses Scheitern gab es unterschiedliche Ursachen.

Der kursächsischen Kandidatur waren London, Berlin und Den Haag eindeutig abgeneigt. Die Bemühungen des Clemens Wenzeslaus wurden zusätzlich dadurch diskreditiert, dass ein aus den russischen diplomatischen Kreisen stammendes Projekt im September 1762 zutage trat, wonach Karl, Herzog von Kurland, mit den säkularisierten westfälischen Hochstiften hätte entschädigt werden sollen. Entscheidend für den Misserfolg waren jedoch die politische und wirtschaftliche Schwäche des Kurfürstentums, abweichende Interessen der Wettiner und der Wittelsbacher, auf deren Beistand in Dresden und Warschau besonders gezählt wurde, sowie schließlich auch ein unzureichendes Engagement der Wiener Hofburg und der römischen Kurie.<sup>48</sup> Noch 1762 suchten die französische Diplomatie und die immer aktiver auf dem Gebiet der Pfründenpolitik tätige sächsische Kurprinzessin Maria Antonia, die Unterstützung Maria Theresias für die Bemühungen Clemens Wenzeslaus' um den bischöflichen Stuhl in Passau, Trient oder zumindest um die in der Lombardei gelegene Abtei Chiaravalle, die hohe Erträge brachte. Clemens Wenzeslaus suchte seinen Erfolg auch in Mainz, wo er zum Koadjutor des Erzbischofs Johann Friedrich Karl von Ostein hätte ernannt werden sollen. Maria Theresia war jedoch entschieden dagegen. Der Erzbischof von Mainz war Reichskanzler, und die Wiener Hofburg wünschte sich nicht, dass die Wettiner und Wittelsbacher im Reich stärker würden.<sup>49</sup>

Eine weitere Etappe des Kampfes Clemens Wenzeslaus' um die kirchlichen Benefizien wurde durch den Tod des Kardinals Johann Theodor im Januar 1764 eröffnet. Mit der Unterstützung des bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph wurde der Prinz im April 1764 zum Bischof von Freising gewählt. Ein paar Tage später wurde Clemens Wenzeslaus auf den bischöflichen Stuhl in Regensburg erhoben.<sup>50</sup> Obwohl er auf die diplomatische Hilfe Ludwigs XV. und Karl Theodors, der zuvor noch gegen die Wahl des jungen Wettiners in Regensburg opponiert hatte, zählen konnte, gelang es ihm nicht, sich auch das sehr einträgliche und günstig gelegene Hochstift Lüttich zu sichern. Gegen Clemens Wenzeslaus sprachen sich die Seemächte aus, und auch das Domkapitel war der sächsischen Kandidatur abgeneigt. Wenn die Wiener Hofburg nicht an der Verstärkung der Bedeu-

<sup>48</sup> HERIBERT RAAB, Kursächsische Absichten auf das Hochstift Paderborn, in: *Westfälische Zeitschrift. Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde* 108 (1958), S. 367-386.

<sup>49</sup> DERS., Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 178-181, 241-244; DERS., Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Trier und die Kirchenpolitik der Wettiner in der *Germania Sacra*, in: *Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft* 1961/1962, S. 16 f.

<sup>50</sup> DERS., Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 183-214.

tung des bayerischen und sächsischen Regierungshauses an der Maas arbeiten wollte und ihr Desinteresse zeigte, war die Kandidatur des sächsischen Prinzen fast aussichtslos. Auf den bischöflichen Stuhl wurde ein Kandidat des Domkapitels, Charles Nicolas d'Oultremont, erhoben.<sup>51</sup>

Im November 1764 wurde Clemens Wenzeslaus mit Hilfe Maximilians III. Joseph, Karl Theodors und Maria Theresias sowie einer wesentlichen finanziellen Unterstützung Ludwigs XV. und Karls III. von Spanien zum Koadjutor des Bischofs von Augsburg, *cum iure successionis*, gewählt. Sein Ansehen im Reich vergrößerte sich damit erheblich. Im Jahre 1765 segnete er die Ehen Josephs II. mit Maria Josepha, der jüngsten Schwester Maximilians III. Joseph, und Peter Leopolds mit Maria Ludovica, der Tochter Karls III. von Spanien. Dies bezeugte ihr Vertrauen in Clemens Wenzeslaus und sein inniges Verhältnis mit Maria Theresia und Franz Stephan. Bald erhielt er noch eine Unterstützungszusage hinsichtlich seiner Bewerbung um die Koadjutorie in Trier.<sup>52</sup> Einerseits ging es um eine Verstärkung der Stellung des Hauses Wettin im kurfürstlichen Kollegium und andererseits wurde in Dresden über die Ansprüche an den Herzogtümern Jülich und Berg diskutiert. Die strategisch wichtige Festung Ehrenbreitstein konnte nämlich eine Stütze für das kursächsische Militär sein, welches nach dem Tode Karl Theodors kurzfristig von dort aus in Düsseldorf hätte einrücken können. Seit Anfang 1766 standen die französische, bayerische, pfälzische und – trotz des Widerstands Josephs II. – auch die habsburgische Diplomatie im Dienst Clemens Wenzeslaus'. Eine wichtige Rolle spielte auch die finanzielle Unterstützung Spaniens. Für die Erhebung des sächsischen Prinzen auf den bischöflichen Stuhl des hl. Agritius in Trier, die tatsächlich im Februar 1768 erfolgte, setzten sich Maria Theresia und Maria Antonia persönlich ein.<sup>53</sup>

In der zweiten Hälfte der 1760er-Jahre schaltete sich Maria Antonia aktiver in die kursächsische Pfründenpolitik ein. Schon 1765 suchte sie ein kirchliches Benefizium für ihren jüngeren Sohn Anton, einen damals zehnjährigen Jungen. Kaiser Joseph II. hatte auf Ansuchen der verwitweten Kurfürstin von Sachsen von seinem Recht der *primae preces* zugunsten des Prinzen Anton beim Domkapitel von Speyer Gebrauch gemacht. 1769 versicherte sich Maria Antonia der Unterstützung Karl Theodors und Clemens Wenzeslaus' und bemühte sich um die Wahl ihres jüngeren Sohnes auf das Amt eines Koadjutors des Bischofs von Speyer. Diese Pläne scheiterten aber. Zwischen 1768 und 1771 wurden in Dresden und Koblenz, der Residenzstadt des Kurfürsten von Trier, verschiedene Tauschpläne in Erwägung gebracht. Die Installation Antons in der wichtigen und erträglichen

---

<sup>51</sup> CHARLES DE VILLERMOND, L'élection d'un évêque patriote à Liège en 1764, in: *Revue d'histoire diplomatique* 35 (1921), S. 56-89; RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 215-240.

<sup>52</sup> RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 245-262.

<sup>53</sup> FERDINAND SCHRÖDER, Wie wurde Clemens Wenzeslaus Kurfürst von Trier?, in: *Historisches Jahrbuch* 30 (1909), Heft 1, S. 24-42 und Heft 2, S. 274-286; RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 263-306.

Fürstpropstei Ellwangen wurde in Betracht gezogen. Der damalige Fürstpropst, Ignaz von Fugger, hätte daher auf den bischöflichen Stuhl in Regensburg erhoben werden können, auf den wiederum Clemens Wenzeslaus verzichtet hätte. Es wurde auch die Kandidatur Fuggers in Köln erwogen, wobei er den Prinzen Anton zu seinem Koadjutor *cum iure successionis* benennen wollte. Ähnliche Pläne und Projekte wurden noch bis zum Jahre 1779 geschmiedet, als Maximilian Franz, der jüngste Sohn Maria Theresias und Franz Stephans, zum Koadjutor des Erzbischofs von Köln gewählt wurde. In Dresden und Koblenz wurden in den Jahren 1768 bis 1771 noch weitere Pläne diskutiert. Sie betrafen Mainz, Worms und Paderborn. Das Haus Wettin konnte auf die österreichische und französische Hilfe nicht mehr zählen. Die sächsische Kandidatur befürwortete ausschließlich Karl Theodor, jedoch mit bestimmten Vorbehalten.<sup>54</sup>

Im Jahre 1771 versuchte der kursächsische Hof, Anton in Eichstätt zu installieren. Maria Theresia opponierte gegen dieses Projekt und wollte von einer Unterstützung der Kandidatur des sächsischen Prinzen nichts hören.<sup>55</sup> Von 1771 auf 1772 ist an der Elbe der neue Plan entstanden, Anton in einem der westfälischen Hochstifte zu etablieren. Da Maria Antonia auf die Wiener Hofburg nicht zählen konnte, suchte sie Hilfe bei der römischen Kurie. Im April 1772 begab sie sich mit der Hoffnung nach Rom, die Unterstützung des Heiligen Stuhls zu erhalten. Sie erwartete, dass der Papst von einem der nordwestdeutschen Kapitel die Wahl Antons fordern könnte. Sie hoffte auch, dass die römische Kurie die Kandidatur Clemens Wenzeslaus' auf den seit dem Jahre 1771 unbesetzten bischöflichen Stuhl in Lüttich fördern würde. Diese Hoffnungen waren gänzlich aussichtslos und die römische Mission Maria Antonias, die in keiner Weise auf die diplomatische Hilfe des Kaiserhofes, Frankreichs und Spaniens zählen konnte, musste fehlschlagen. Sowohl der Papst als auch die Vertreter der römischen Kurie erklärten der verwitweten Kurfürstin, dass der Weg zu den kirchlichen Benefizien im Reich nur über eine Verständigung mit dem Kaiser führte und der Heilige Stuhl, am Vorabend der Aufhebung des Jesuitenordens, nicht das Risiko eingehen würde, seine Beziehungen mit der Wiener Hofburg zu verschlechtern.<sup>56</sup> Nicht

<sup>54</sup> RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen (wie Anm. 47), S. 286-354. Über die Bedeutung der Fürstpropstei Ellwangen: RUDOLF REINHARDT, Untersuchungen zur Besetzung der Propstei Ellwangen seit dem 16. Jahrhundert, in: Viktor Burr (Hg.), Ellwangen 764-1964. Beiträge und Untersuchungen zur Zwölfhundert-Jahrfeier, Ellwangen 1964, S. 316-378.

<sup>55</sup> PETER ZÜRCHER, Die Bischofswahlen im Fürstbistum Eichstätt von 1636 bis 1790. Wahlgeschehen im Spiegel domkapitelischer, dynastischer und kaiserlicher Landes- und Reichskirchenpolitik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 155), München 2008, S. 617-619.

<sup>56</sup> HERIBERT RAAB, Die Romreise der Kurfürstin-Witwe Maria Antonia Walpurgis von Sachsen 1772, in: Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte 35 (1977), Supplementheft: Hundert Jahre deutsches Priesterkolleg beim Campo Santo Teutonico 1876-1976. Beiträge zu seiner Geschichte, Rom 1977, S. 93-107.

zuletzt äußerte sich Klemens XIV., wie auch sein Vorgänger Klemens XIII., abgesehen von seltenen Einzelfällen, gegen die Kumulation von Kirchenämtern.<sup>57</sup>

Mit den erfolglosen Versuchen, Clemens Wenzeslaus auf den bischöflichen Stuhl des hl. Lamberts zu erheben und Anton ein Hochstift in Westfalen zu verschaffen, vergingen die Hoffnungen des Hauses Wettin auf eine geistliche Sekundogenitur im Reich. Sie zeigten, dass die Wiener Hofburg grundsätzlich kein Interesse hatte, die Stellung der Wettiner auf der deutschen politischen Bühne zu verstärken. Unabhängig von der unzureichenden Hilfe des Kaiserhofes behielt Clemens Wenzeslaus zu seinen habsburgischen Verwandten gute Beziehungen aufrecht und im Jahre 1785 erteilte Maximilian Franz die Bischofsweihe.<sup>58</sup> Für das Verhältnis zwischen Dresden und Wien war dies jedoch unerheblich. Nach dem Tode der Dauphine Maria Josepha im März 1767 war es viel schwieriger, sich die französische Unterstützung zu verschaffen. Der Grund hierfür war, dass der Versailler Hof vor allem die Beziehungen zu den rheinischen Wittelsbachern suchte. Eine verstärkte Stellung des Hauses Wettin am Niederrhein hätte die Interessen der alten und treuen Klienten der französischen Krone beeinträchtigen können. In Dresden wurde auch an die kirchlichen Benefizien für die Töchter Augusts III. und Maria Josephas gedacht. Mit Unterstützung Ludwigs XV. gelang es in den Jahren 1762 bis 1764, die Wahl Maria Christinas (1735–1782) als Koadjutorin Anna Charlottes, der Fürstäbtissin des freiweltlichen Reichsstifts in Remiremont und Schwester des Kaisers Franz Stephan, durchzuführen. Die Kosten der Wahl, die sich auf über 40 000 Gulden beliefen, trugen die Höfe in Wien und Dresden.<sup>59</sup>

Viel dramatischer war das Schicksal der jüngsten Tochter Augusts III., Maria Kunigunde (1740–1826). Noch im Jahre 1757 wurde in den österreichischen und französischen diplomatischen Kreisen über die Scheidung des russischen Großfürsten Peter Fjodorowitsch (dem späteren Peter III.) und eine Heirat mit der sächsisch-polnischen Prinzessin diskutiert. Dieses Projekt ist aber nicht über die Vorplanung hinausgekommen. Mit dem Tod Augusts III. und Friedrich Christians trug Maria Antonia die Sorge über die Zukunft der jüngeren Geschwister ihres verstorbenen Mannes. Noch im November 1763, als die kaiserliche Gattin, Isabella von Bourbon-Parma, ernstlich erkrankte, stellte Maria Antonia im Briefwechsel mit Maria Theresia einen Plan vor, welchem zufolge sich nach Isabellas Tod Joseph II. mit Maria Kunigunde vermählen sollte. Ein im September 1764

---

<sup>57</sup> RUDOLF REINHARDT, Zur Reichspolitik Papst Benedikts XIV., in: *Römische Quartalsschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte* 60 (1965), S. 259-268; DERS., Die Reichskirchenpolitik Papst Klemens XII. Das Motu proprio ‚*Quamquam invaluert*‘ vom 5.1.1731, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 78 (1967), S. 271-299.

<sup>58</sup> BETTINA BRAUN, *Princeps et episcopus. Studien zur Funktion und zum Selbstverständnis der nordwestdeutschen Fürstbischöfe nach dem Westfälischen Frieden* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung für Abendländische Religionsgeschichte 230), Göttingen 2013, S. 281.

<sup>59</sup> MARIE-LOUISE JACOTEY, *Marie-Christine. Princesse royale de Pologne, duchesse de Saxe, dame et abbesse de l'insigne Église collégiale et séculière de Saint-Pierre de Remiremont, tante de trois rois de France*, Langres 2008, S. 12 f.

arrangiertes Treffen des späteren Kaisers mit der sächsisch-polnischen Prinzessin fiel eher schlecht aus. Der junge Habsburger entschied sich für die Ehe mit einer jüngeren Schwester des bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph. Im Dezember 1764 wurde eine Ehe Maria Kunigundes mit Ludwig Philipp, Herzog von Chartres (dem sog. Philippe Égalité), in Erwägung gezogen. Dieses Projekt ist ebenfalls fehlgeschlagen.<sup>60</sup>

Maria Theresia, die die sächsisch-polnische Prinzessin zu entschädigen suchte, bot ihr die Würde der Koadjutorin eines adligen Fräuleinstifts in Prag an. In Dresden wurde dieser Vorschlag jedoch abgelehnt, da das Stift von der böhmischen Krone abhängig war. Für Maria Kunigunde sollte ein reichsunmittelbares Benefizium gefunden werden. Schon im Jahre 1766 wurde an der Elbe entschieden, Maria Kunigunde in Münsterbilsen, Essen und Thorn zu installieren.

In Münsterbilsen war der sächsische Hof zunächst erfolglos. Das Kapitel verlangte von der zukünftigen Amtsinhaberin, die strikte Residenzpflicht zu befolgen und eine Ahnenprobe vorzulegen. Die Forderung einer Ahnenprobe wurde in Dresden als Affront verstanden. Obwohl Maria Kunigunde im Jahre 1770 tatsächlich zur Koadjutorin gewählt wurde, hat man dieses Angebot wegen der schlechten Finanzlage des Stiftes abgelehnt.<sup>61</sup> Der kursächsische Hof war seither entschlossen, ihr die Würde der Fürstäbtissin in Essen und Thorn zu verschaffen. Die Prinzessin konnte mit der finanziellen und diplomatischen Unterstützung Maria Theresias rechnen, die trotz der Missbilligung Josephs II. erklärte, dass sie die Kosten des Wahlkampfes tragen könnte. In den nächsten Jahren bis zum Jahre 1775 wurden Gespräche mit den wahlberechtigten Stiftsdamen und Kanonikern geführt. Hierbei waren die Diplomaten Maria Theresias, Maximilians III. Joseph und Clemens Wenzeslaus' sowie die päpstliche Diplomatie engagiert. Im Februar 1775 wurde Maria Kunigunde zur Koadjutorin der Fürstäbtissin Franziska Christine von Pfalz-Sulzbach gewählt. Die Kosten, die sich auf über 20 000 Gulden beliefen, musste der sächsische Hof allein tragen. Im Juli 1776 nach dem Tode ihrer Vorgängerin trat sie ihr Amt an und residierte auf dem Hof ihres Bruders in Koblenz.<sup>62</sup>

### *III. Handelspolitik*

Bei der Sanierung der Finanzen, der Tilgung der Staatsschulden, der Beseitigung der Kriegszerstörungen und dem Wiederaufbau der ruinierten Städte und Dörfer

<sup>60</sup> FERDINAND SCHRÖDER, Maria Kunigunde von Sachsen (1740–1826), letzte Äbtissin von Essen, Essen 1907, S. 3–11; WILLY ASCHERFELD, Maria Kunigunde von Sachsen, die letzte Fürstäbtissin des Stiftes Essen (1776–1802), Essen 1930, S. 16–20.

<sup>61</sup> ASCHERFELD, Maria Kunigunde von Sachsen (wie Anm. 60), S. 22 f.

<sup>62</sup> FERDINAND SCHRÖDER, Eine kanonische Wahl im Zeitalter des Josephinismus, in: Historisches Jahrbuch 27 (1906), S. 551–560, 729–738; ASCHERFELD, Maria Kunigunde von Sachsen (wie Anm. 60), S. 24–31.

konnte der kursächsische Hof nur erfolgreich sein, wenn sich das heimische Gewerbe ungezwungen entwickeln und eine positive Handelsbilanz erlangt würde. Die Hoffnung, befriedigende Ergebnisse auf diesem Gebiet zu erreichen, wurde von der merkantilistischen Politik der Nachbarmächte erheblich verringert und eingeschränkt. Hohe österreichische und preußische Schutzzölle sowie Einfuhrverbote für viele sächsische Waren machten es nach dem Siebenjährigen Krieg praktisch unmöglich, ältere Handelskontakte wiederherzustellen.

Eine schwere Situation für das sächsische Gewerbe war schon in den 1720er-Jahren sichtbar geworden. Durch die restriktive österreichische und preußische Zollpolitik wurden sowohl das Staatseinkommen als auch die Gewinne der Hersteller beträchtlich verringert. *Exempli gratia*: Als sich August II. gegen die pragmatische Sanktion erklärte, reagierte Karl VI. mit sofortigen Gegenmaßnahmen. Es wurden hohe Einfuhrzölle auf die sächsischen Waren eingeführt, den habsburgischen Untertanen wurde verboten, an den Leipziger Messen teilzunehmen, und darüber hinaus wurde die Ausfuhr von vielen schlesischen Rohstoffen eingeschränkt. Ähnliche Restriktionen erwarteten die sächsische Manufakturproduktion seitens Preußens. Seit dem Jahre 1712 dauerte zwischen den Nachbarn ein Zollkrieg an, der erst 1727 mit einem Handelsvertrag beendet wurde. Bald stellte es sich heraus, dass die Gleichstellung der preußischen und sächsischen Käufer eigentlich nur auf dem Papier existierte, und in Berlin wurde angestrebt, wirtschaftliche Vorteile aus dem hohen Zoll auf sächsische Transitwaren zu ziehen. Anfang der 1730er-Jahre befand sich die sächsische Wirtschaft in einer noch tieferen Krise. Die Beschränkungen in der Versorgung mit Rohstoffen und der Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse der sächsischen Manufakturproduktion führten dazu, dass es unmöglich geworden war, die heimischen Produktionskapazitäten voll zu nutzen. Die Nachbarn waren entschlossen, die sächsische Wirtschaft zu behindern und lahmzulegen. Diese Ziele waren nicht nur vorübergehender Natur und stellten die Grundsätze für die preußische und österreichische Handelspolitik gegenüber Sachsen dar.

Eine wesentliche nachteilige Änderung in den sächsisch-preußischen Handelsbeziehungen erfolgte nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) und der Annexion Schlesiens durch die Hohenzollernmonarchie. Der preußische Hof konnte von nun an den Osthandel des Kurfürstentums fast vollständig kontrollieren. Hohe Transitzölle erschwerten die Ausfuhr der sächsischen Waren nach Osten und blockierten die Einfuhr der Rohstoffe, die zur Entwicklung des heimischen Gewerbes unerlässlich waren. In Brandenburg und in Schlesien wurde mit staatlicher Unterstützung ein Netz von Manufakturen aufgebaut und der preußische Markt stufenweise für die sächsischen Erzeugnisse geschlossen. Es wurde der Boden für die wirtschaftliche Expansion der Untertanen Friedrichs des Großen in Polen und Russland bereitet. Der preußische Hof bemühte sich, den sächsischen Handel über Hamburg zu erschweren und einzuschränken, indem er das Stapelrecht für Magdeburg erneuerte (1747) und hohe Transitzölle verhängte. Eine gefährliche Konkurrenz für Leipzig stellten allmählich die Messen in Breslau und

Frankfurt an der Oder dar. Im Jahre 1755 wurde der Handelsvertrag von 1727 durch den preußischen Hof ganz ausgesetzt. Damit brach ein offener Zollkrieg gegen das Kurfürstentum aus. Schon vorher waren die Transitzölle angehoben worden. Zudem wurden in einem noch nie dagewesenen Umfang neue Einfuhrverbote verhängt. Die seit Ende 1755 geführten Gespräche in Halle, die den Weg zu einer neuen Handelskonvention ebneten sollten, wurden vom Ausbruch des Siebenjährigen Krieges unterbrochen.<sup>63</sup>

Entgegen aller Hoffnungen des sächsischen Hofes wurden die Handelsprobleme im Hubertusburger Frieden nicht geregelt. Die Seiten verpflichteten sich jedoch, in der Zukunft erforderliche Vereinbarungen und Abkommen zu treffen. Bald nach der Ratifizierung des Friedensvertrags setzte der preußische Hof im Bereich der Handelspolitik seine früheren Repressionen fort. Verboten wurde anfänglich die Ausfuhr der schlesischen Wolle nach Sachsen. Gleichzeitig wurden hohe Transitzölle auf die polnische Wolle eingeführt, die nach Sachsen über das preußische Territorium transportiert wurde. Einem Verbot wurde noch im Frühling 1763 die Ausfuhr von anderen Rohstoffen nach Sachsen unterworfen. Vom preußischen Handelsmarkt wurden weitere sächsische Erzeugnisse ausgeschlossen. Mit analogen Verfügungen antwortete der Dresdner Hof noch unter der Herrschaft des alternden Augusts III. Die Liste von Rohstoffen und Produkten, die vom Handel mit dem nördlichen Nachbarn ausgeschlossen waren, wurde von Franz Xaver noch erweitert. Friedrich II. untersagte wiederum die Einfuhr fast aller Manufakturprodukte, einschließlich des Porzellans aus Meißen. Zusätzlich wurden die Transitzölle für sächsische Waren, die schon vorher hoch waren, noch weiter angehoben.<sup>64</sup> Von einer Blockade der sächsischen Produktion konnten preußische Hersteller profitieren und sächsische Handelskontakte im Osten übernehmen. An der Elbe wurde vor allem gefürchtet, dass die Porzellanmanufakturen aus der Hohenzollernmonarchie die sächsischen aus dem Zarenreich verdrängen könnten.<sup>65</sup>

Unter der restriktiven preußischen Zollpolitik litten besonders die Käufer, die sich nach Leipzig begaben und dabei die preußische Grenze überqueren mussten.

---

<sup>63</sup> HUGO RACHEL (Hg.), *Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens*, Bd. 3/2 (*Acta borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert* 5), Berlin 1928, S. 155-241; ULRIKE MÜLLER-WEIL, *Absolutismus und Aussenpolitik in Preussen. Ein Beitrag zur Strukturgeschichte des preussischen Absolutismus* (*Frankfurter historische Abhandlungen* 34), Stuttgart 1992, S. 332-338; WOLFGANG RADTKE, *Gewerbe und Handel in der Kurmark Brandenburg 1740 bis 1806. Zur Interdependenz von kameralistischer Staatswirtschaft und Privatwirtschaft* (*Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs* 46), Berlin 2003, S. 198-205; ROLF STRAUBEL, *Zwischen monarchischer Autokratie und bürgerlichem Emanzipationsstreben* (*Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs* 63), Berlin 2012, S. 28-40.

<sup>64</sup> RACHEL, *Die Handelspolitik* (wie Anm. 63), S. 242-267.

<sup>65</sup> Johann Moritz Prasse, sächsischer Legationsrat in Petersburg, an Karl von Flemming, sächsischer Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Petersburg, 24. Mai 1765, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3018/18, unpaginiert.

Ihre Waren wurden mit einem Transitzoll von 30 Prozent belegt. Erst im Dezember 1765 nahm Friedrich II. das vorher mehrfach abgelehnte Angebot des sächsischen Hofes an, sich auf ein neues Handelsabkommen zu verständigen. Die sächsische Delegation für die Verhandlungen, die seit März 1766 in Halle stattfanden, wurde angewiesen, über Rohstoffe, aus dem Umsatz ausgeschlossene Produkte, die Messen in Leipzig, Naumburg, Breslau und Frankfurt an der Oder sowie über bestimmte Zugeständnisse im preußischen Zollsystem für sächsische Käufer zu sprechen. Friedrich II. wollte ausschließlich über die Messen in Leipzig und Frankfurt an der Oder verhandeln. Er war auch bereit, den Transitzoll für manche Produkte und Rohstoffe, die aus der polnisch-litauischen Adelsrepublik nach Sachsen exportiert wurden, zu reduzieren. Der sächsische Hof weigerte sich, die preußischen Bedingungen zu akzeptieren und zählte darauf, dass Russland seine Forderungen unterstützen würde. In Dresden wurden große Hoffnungen auf Kaspar von Saldern gelegt, der über Berlin nach Kopenhagen reiste. Die Gespräche des russischen Diplomaten führten zu keinen Ergebnissen, und der sächsische Hof musste die preußischen Modalitäten annehmen. Noch bevor die Verhandlungen tatsächlich begannen, scheiterte der sächsische Hof völlig.<sup>66</sup> Mitte Juli wurde in Halle eine sächsisch-preußische Handelskonvention unterzeichnet, die die Messen in Leipzig und Frankfurt an der Oder betraf. Offensichtlich konnte sie die wichtigsten Probleme des sächsischen Handels nicht lösen: die hohen preußischen Transitzölle und das Handelsverbot vieler Rohstoffe und Waren.<sup>67</sup>

Eine Milderung der merkantilistischen Handelspolitik konnte der sächsische Hof auch seitens des Kaiserhofes nicht erwarten. Durch den Verlust Schlesiens war die Wiener Hofburg gezwungen, wesentliche Änderungen in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen, die auf die Verstärkung des Binnenmarktes und die Einführung eines einheitlichen Zollgebietes abzielten. Die Ein- und Ausfuhr vieler Rohstoffe und Waren wurde verboten. Die Produkte, die auf dem habsburgischen Markt zugelassen waren, wurden mit hohen Schutzzöllen belegt. Auf die durch die Erbländer transportierten Rohstoffe und Produkte wurden wiederum hohe Transitzölle erhoben.<sup>68</sup> Seit 1750 verhandelte der sächsische Hof mit der Wiener Hofburg über einen Handelsvertrag. Die Gespräche konzentrierten sich auf die Ausnahmeregelungen für den sächsischen Transit durch die habsburgischen Länder nach Polen und Italien sowie auf Erleichterungen für die österreichischen Handelsschiffe auf der Elbe. Als 1754 die Wiener Hofburg die Transitzölle auf

---

<sup>66</sup> ERNST HASSE, *Geschichte der Leipziger Messen* (Preisschriften, gekrönt und herausgegeben von der Fürstlich-Jablonowskischen Gesellschaft zu Leipzig 17-25), Leipzig 1885, S. 150-153; MAX SCHRÖPFER, *Friedrich der Große und Kursachsen nach dem Siebenjährigen Kriege 1763-1766*, Erlangen 1913, S. 64-78.

<sup>67</sup> FRIEDRICH AUGUST WILHELM WENCK, *Codex iuris gentium recentissimi*, Bd. 3, Leipzig 1795, S. 569-571.

<sup>68</sup> ADOLF BEER, *Die Zollpolitik und die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes unter Maria Theresia*, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 14 (1893), Heft 2, S. 237-326; DERS., *Die österreichische Handelspolitik unter Maria Theresia und Josef II.*, in: *Archiv für Österreichische Geschichte* 86 (1898), S. 3-202.

Textilwaren erheblich anhub, wurden die Verhandlungen unterbrochen. Nach dem Hubertusbürger Frieden wünschte der sächsische Hof, die Gespräche wiederaufzunehmen. Wien war aber entschlossen, eine striktere Protektionspolitik zu betreiben. Bis September 1765 war die Einfuhr von Textil-, Glas- und Metallwaren untersagt. Die Folgen der neuen, vor allem gegen preußische Manufakturen gerichteten Rechtsvorschriften waren auch für sächsische Hersteller spürbar.<sup>69</sup> Der sächsische Hof reagierte bald mit Gegenverboten.<sup>70</sup> Fast gleichzeitig wurden aber in Dresden Versuche zur Normalisierung der beiderseitigen Handelsbeziehungen unternommen. Dies stieß jedoch auf kein Interesse, obwohl böhmische und mährische Käufer und Hersteller unter den hohen Kosten der sächsischen Restriktionen litten.

Zwischen 1754 und 1766 wurden unter verschiedenen Vorwänden von den österreichischen Staatsmännern die Vorschläge, Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag zu beginnen, stets abgelehnt.<sup>71</sup> Die sächsischen Diplomaten an der Donau verstanden, dass die Wiener Hofburg kein Interesse hatte, im Ausland hergestellte Produkte zum Handel in den habsburgischen Erbländern zuzulassen, wenn doch das heimische Gewerbe den Markt fast völlig befriedigte.<sup>72</sup> Obwohl den sächsischen Ministern bewusst war, dass die Chancen, Gespräche über ein Handelsabkommen anzufangen, wegen der besonders schwierigen Lage der Wirtschaft und des Handels sehr gering waren, entschieden sie sich 1765/1766, noch einen Versuch zu unternehmen.<sup>73</sup> Es wurde gehofft, dass die Debatte über eine neue österreichische Handelspolitik, die im Frühling 1766 eröffnet wurde, einen vorteilhaften Wandel in Bezug auf die Marktöffnung für die ausländischen Waren herbeiführen könnte.<sup>74</sup> Diese Hoffnungen waren nicht ganz vergeblich. Ein in der Staatskanzlei vorbereitetes und in der Hofburg diskutiertes Projekt sah gewisse Erleichterungen für den sächsischen Handel vor. Angesichts eines Widerspruchs der Hofkanzlei war es aber hinfällig.<sup>75</sup>

Im Mai 1766, als sich schon abzeichnete, dass das Projekt scheitern musste, legten die Vertreter der Staatskanzlei ein neues Angebot vor. Friedrich Binder von Krieglstein, Rat in der Staatskanzlei und ein enger Vertrauter des Fürsten von Kaunitz, deutete den sächsischen Diplomaten an, dass wenn Friedrich August III.

<sup>69</sup> Extrakt aus den Actis und Depeschen die mit dem k. k. Hofe vom Jahre 1751 bis mit 1756 vorgewesene Commercial-Unterhandlung anlangend, Dresden, zwischen 18. Dezember 1765 und 26. Februar 1766, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2888/6, fol. 24-27v.

<sup>70</sup> Franz Xaver an Geheime Räte, Dresden, 14. Oktober 1764, ebd., fol. 21.

<sup>71</sup> Johann Sigismund von Pezold, sächsischer Minister-Resident in Wien, an Franz Xaver, Wien, 30. November 1765, ebd., fol. 12-15v; Ders. an Flemming, Wien, 26. Februar 1766, ebd., fol. 29 f.

<sup>72</sup> Ders. an Franz Xaver, Wien, 30. November 1765, ebd., fol. 16-17v.

<sup>73</sup> Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Kabinettsminister und Geheimen Räte in Anwesenheit Xavers und Maria Antonias, 18. Dezember 1765, ebd., fol. 22; 22. März 1766, fol. 97-123v; Franz Xaver an Geheime Räte, Dresden, 22. März 1766, ebd., fol. 125-130.

<sup>74</sup> Pezold an Flemming, Wien, 16. April 1766, ebd., fol. 131.

<sup>75</sup> Ders. an Flemming, Wien, 23. April 1766, ebd., fol. 133-134v.

sich entscheiden würde, gewisse Erleichterungen für die Untertanen Maria Theresias einzuführen, analoge Schritte in Wien in Erwägung gezogen werden könnten.<sup>76</sup> Die Lage des sächsischen Gewerbes war so schwierig, dass in Dresden die unverbindlichen Äußerungen Binders als gewisse Chancen wahrgenommen wurden. Es war klar, dass an eine vollständige Gleichstellung nicht zu denken war. Es wurde nur erwartet, dass die Einfuhrzölle für die sächsischen Luxuswaren und die Transitzölle für Produkte, die nach Ungarn exportiert wurden, verringert würden.<sup>77</sup> Diesbezüglich fand jedoch kein Dialog statt. Der österreichische Hof beabsichtigte nicht, die Grundlinien der Handelspolitik zu ändern.

Handelsprobleme stellten stets ein Anliegen der sächsischen Politiker dar. Im September 1768, noch vor seinem Rücktritt, ließ Franz Xaver ein neues Angebot vorlegen, die Gespräche über einen Handelsvertrag zu beginnen.<sup>78</sup> Die sächsischen Diplomaten an der Donau sahen keine Aussichten auf Erfolg und entschieden sich, darüber mit ihren österreichischen Kollegen nicht zu sprechen, worüber sie den sächsischen Außenminister erst 1772 informierten.<sup>79</sup> Gewisse Hoffnungen wurden in Dresden 1772/1773 mit der ersten Teilung Polens geweckt. Friedrich Ludwig von Wurmb, Direktor der Landes-, Ökonomie-, Manufaktur- und Kommerzien-Landesdeputation wandte sich im Juli 1772 mit dem dramatischen Aufruf an den Kurfürsten, noch einmal in Wien die Möglichkeit einer Regulierung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu sondieren. Nach der Meinung der sächsischen Räte hätte das Kurfürstentum den Markt für die in den habsburgischen Erbländern hergestellten Waren und abgebauten Rohstoffe ohne Einschränkungen öffnen sollen. Dies hätte zu einer Milderung der österreichischen Handelspolitik beitragen können. Wurmb überzeugte den Kurfürsten, dass auch wenn die Wiener Hofburg das sächsische Angebot ablehnen sollte, dies den sehr schlechten Zustand des heimischen Gewerbes nicht weiter verschlimmern könnte: *Vielmehr ist hingegen gewiß, dass auch nur der geringste Vorteil, den man dadurch erlangen könnte, ein wirklicher Gewinnst sein würde.*<sup>80</sup> Auch wenn die hohen österreichischen Schutzzölle nicht verringert, aber die Einfuhrverbote auf viele sächsische Waren aufgehoben würden, stelle dies eine bedeutende Erleichterung für die heimischen Hersteller dar.<sup>81</sup> Die Wiener Hofburg antwortete auf diese Vorschläge negativ:

<sup>76</sup> Ludwig Siegfried Vitzthum von Eckstädt, sächsischer bevollmächtigter Minister in Wien, und Pezold an Franz Xaver, Wien, 17. Mai 1766, ebd., fol. 143, 146-149<sup>v</sup>.

<sup>77</sup> Geheime Räte (Christian von Loß, Wilhelm August von Stubenberg, Hieronymus Friedrich von Stammer, Thomas von Fritsch) an Franz Xaver, Dresden, 27. Mai 1766, ebd., fol. 162 f.

<sup>78</sup> Franz Xaver an Geheime Räte, Pillnitz, 12. September 1768, ebd., fol. 230-230<sup>v</sup>.

<sup>79</sup> Pezold an Friedrich August III., Wien, 20. Mai 1772, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2888/7, fol. 1-6<sup>v</sup>.

<sup>80</sup> Friedrich Ludwig von Wurmb, Direktor der Landes-, Ökonomie-, Manufaktur- und Kommerzien- Landesdeputation an Friedrich August III., Dresden, 9. Juli 1772, HStA Dresden, 10025 Geheimes Konsilium, Loc. 5366/4, fol. 2<sup>v</sup>.

<sup>81</sup> Ebd., fol. 1-3<sup>v</sup>; Geheime Räte (Stammer, Fritsch, Christian Gotthelf von Gutschmid) an Friedrich August III., Dresden, 17. September 1772, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2888/7, fol. 7, 12-15<sup>v</sup>.

Der Kaiser betrachte den Kurfürsten und seine Untertanen wohlwollend, könnte aber einen Handelsvertrag nicht abschließen, bevor nicht ein neues Zollsystem, worüber noch in den 1760er-Jahren gesprochen wurde, vollständig entworfen und umgesetzt werde.<sup>82</sup> Der sächsische Hof entschied sich, den Forderungskatalog weiter zu beschränken: Es wurde nur darauf abgezielt, gewisse Erleichterungen im Handel mit Galizien zu erreichen.<sup>83</sup>

Im September 1773 richteten die sächsischen Diplomaten in Wien an Binder eine Note mit dem Vorschlag, Gespräche zu beginnen, die den Weg zu einem neuen Handelsvertrag ebnen könnten.<sup>84</sup> An der Elbe wurde gedacht, dass Sachsen davon hätte profitieren können, dass nach der ersten Teilung Polens Österreich, Preußen und Russland an neuen Handelsabkommen mit dem Warschauer Hof arbeiteten und die Wiener Hofburg hätte bereit sein können, sich auch mit Sachsen darüber zu verständigen.<sup>85</sup> Von einem Vertrag mit dem sächsischen Hof wollte in Wien jedoch niemand etwas hören.<sup>86</sup> Gustav Georg von Völckersahm, der sächsische bevollmächtigte Minister an der Donau, berichtete nach Dresden: *Wie wir unter der Hand vernehmen, finden die Commercial-Einrichtungen statt der gehofften Facilitierung, immer noch mehrere Schwierigkeiten*. Er riet den sächsischen Staatsmännern, alle Hoffnungen zu begraben.<sup>87</sup> Neue Erfolgsaussichten bei den sächsischen Ministern erweckten die Handelsgespräche, die die Wiener Hofburg im späten Frühjahr 1775 mit Kurbayern begann. Dies war völlig unbegründet, da sich die Situation anders gestaltete: Die österreichische Seite war bereit, weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielten, bayerische Beschränkungen für die tirolerischen und steirischen Waren aufzuheben.<sup>88</sup>

Das sächsische Gewerbe und der Handel waren in so schlechtem Zustand, dass fast jedes positive Signal seitens des österreichischen Hofes enorme Hoffnungen an der Elbe weckte. Jede, sogar eine ganz kleine Erleichterung, konnte für den sächsischen Handel ganz vorteilhaft sein.<sup>89</sup> Doch an der Donau wurde keinesfalls beabsichtigt, den kursächsischen Ministern und Herstellern das Leben leichter zu

<sup>82</sup> Völckersahm an Sacken, Wien, 15. Mai 1773, ebd., fol. 109-111<sup>v</sup>.

<sup>83</sup> Reskript Friedrich Augusts III. (von Leopold Nikolaus von Ende, sächsischer Kabinettsminister und Staatssekretär der inneren Angelegenheiten) an Geheime Räte, Dresden, 12. Juni 1773, HStA Dresden, 10025 Geheimes Konsilium, Loc. 5366/4, fol. 76-76<sup>v</sup>.

<sup>84</sup> Note Völckersahms an Kaunitz, Wien, 11. September 1773, ebd., fol. 85-94<sup>v</sup>; Völckersahm an Sacken, Wien, 15. September 1773, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2888/7, fol. 135.

<sup>85</sup> Sacken an Völckersahm, Dresden, 17. März 1775, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2940/2, fol. 145<sup>v</sup>.

<sup>86</sup> Völckersahm und Pezold an Friedrich August III., Wien, 27. April 1774, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2888/7, fol. 197-139; Völckersahm an Sacken, Wien, 12. Juni 1775, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02939/05, fol. 83-86<sup>v</sup>.

<sup>87</sup> Völckersahm an Sacken, Wien, 24. Juni 1775, ebd., fol. 193.

<sup>88</sup> Völckersahm an Sacken, Wien, 30. Juni 1775, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2940/2, fol. 503-504<sup>v</sup>.

<sup>89</sup> Sacken an Völckersahm, Dresden, 2. Oktober 1775, ebd., fol. 563 f.

machen. Als es sich herausstellte, dass eine Normalisierung der Wirtschaftskontakte mit Preußen und Österreich nicht oder nur schwer durchführbar war, bemühte sich der sächsische Hof um eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Italien und Nordamerika.<sup>90</sup> Ein immer wichtigeres Gebiet für die sächsische Wirtschaft stellte auch der Warenaustausch mit Polen-Litauen dar. An der Elbe wurde gehofft, dass die Adelsrepublik bereit wäre, den sächsischen Herstellern und Käufern die Meistbegünstigungsklausel zu erteilen, u. a. die vollständige oder teilweise Befreiung von polnischen Einfuhrzöllen. Schon in den letzten Monaten des Jahres 1763 führte der sächsische Diplomat in Warschau, Essen, dazu Gespräche mit Teodor Wessel, dem polnischen Kronschatzmeister (*supremus thesaurarius*). In Warschau konnten die sächsischen Minister ebenso wenig erwarten. Der vom Konvokationsreichstag eingeführte Generallzoll sah keine Erleichterungen für den direkten Handel zwischen Polen und dem Kurfürstentum vor.<sup>91</sup> Weitere Projekte zur Herabsetzung des polnischen Einfuhrzolles, zur Errichtung der sächsischen Faktoreien und Handelshäuser in Krakau und anderen Städten, die u. a. von Essen und Peter Nikolaus von Gartenberg-Sadogórski, einem ehemaligen Mitarbeiter Brühls, seit 1766 Direktor der Münze in Warschau, vorgelegt wurden, blieben wirkungslos. Der sächsischen Regierung lag mehr am Export eigener Waren. Der Import polnischer landwirtschaftlicher Grund- und Rohstoffe, wie z. B. Salpeter, Wachs, Pottasche, Leder und Pelze, spielte unter dem Gesichtspunkt der sächsischen Wirtschaft eine eher zweitrangige Rolle. Andere Versuche, direkte Handelskontakte mit dem polnischen Adel über das mährische Olmütz zu knüpfen und dadurch Schlesien und die preußischen Transitzölle zu umgehen, schlugen ebenso fehl. Die Transportkosten waren angesichts des sehr schlechten Zustands der böhmischen und mährischen Straßen zu hoch.<sup>92</sup>

#### IV. Niederlegung der Vormundschaft durch Franz Xaver

Am 15. September 1768 legte Franz Xaver die Regentschaft und die Administration nieder. Die Steuerung des Staatsschiffes übernahm sein noch nicht achtzehnjähriger Neffe, Kurfürst Friedrich August III. Bis zum 23. Dezember, bevor der junge Kurfürst das regierungsfähige Alter erreichte, führte Franz Xaver jedoch weiterhin die Reichsangelegenheiten. Es handelte sich in erster Linie um die kursächsischen Gesandten in Wien und Regensburg sowie die Delegierten in Wetzlar, die sich an der Reichskammergerichtsvisitation beteiligten. Die vorzeitige Regent-

<sup>90</sup> GÜNTHER MEINERT (Hg.), Handelsbeziehungen zwischen Sachsen und Italien 1740–1814. Eine Quellenveröffentlichung (Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden 9), Weimar 1974, S. 40–50.

<sup>91</sup> OHRYZKO, Volumina legum 7 (wie Anm. 27), fol. 34–36.

<sup>92</sup> WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, Gartenberg Sadogórski Piotr Mikołaj baron, in: Ders. (Hg.), Polski Słownik Biograficzny, Bd. 7, Kraków 1948–1958, S. 288–290; JOSEF REINHOLD, Polen-Litauen auf den Leipziger Messen des 18. Jahrhunderts (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte 10), Weimar 1971, S. 33–41, 49 f., 58.

schaftsniederlegung erregte ein lebhaftes Missvergnügen in Wien und trug entscheidend zur Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Kaiserhof und Kursachsen bei.<sup>93</sup>

Die Entscheidungsgründe Franz Xavers wurden von der Geschichtsschreibung bisher nicht ausreichend beleuchtet. Wenig glaubwürdig scheint die Ansicht Karl Christian Gretschels und Friedrich Bülaus zu sein. Ausgehend vom offiziellen Standpunkt des Dresdner Hofes neigten sie zur Überzeugung, dass der Prinz die Administration niederlegte, weil er die Altersreife seines Neffen wahrgenommen habe.<sup>94</sup> Nach der Ansicht Karl Wilhelm Böttigers habe der Administrator sein Amt auf Verlangen Friedrich Augusts III. aufgeben müssen.<sup>95</sup> Dieser Passus wurde aus der zweiten, von Heinrich Theodor Flathe überprüften und ergänzten Buchausgabe gestrichen. Seiner Meinung nach war der vorzeitige Rücktritt Franz Xavers auf den seit dem Jahre 1766 bestehenden Konflikt mit den kursächsischen Ständen zurückzuführen gewesen. Der Regent hätte befürchtet, dass es ohne eine weitere wesentliche Staatsverschuldung unmöglich gewesen wäre, die nach dem Jahre 1766 etwas vergrößerte Armee zu unterhalten.<sup>96</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Horst Schlechte die weitestgehende Hypothese auf: Er nahm an, dass Franz Xaver zur Niederlegung seines Amtes von den kursächsischen Ständen gezwungen worden sei.<sup>97</sup>

Obwohl der Prinz in der Tat von der Regentschaft erdrückt wurde und mit der Zusammenarbeit mit den Ständen unzufrieden war,<sup>98</sup> war doch ein anderer Faktor

<sup>93</sup> WOLDEMAR LIPPERT, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Kaiserin Maria Theresia und Kurfürstin Maria Antonia von Sachsen. Briefwechsel 1747–1772 (Schriften der Königlich Sächsischen Kommission für Geschichte 14), Leipzig 1908, S. XXXIII.

<sup>94</sup> GRETSCHEL/BÜLAU, Geschichte (wie Anm. 3), S. 191; vgl. das Reskript Franz Xavers an die Kabinettsminister (Ende und Sacken), Pillnitz, 15. September 1768: *In derjenigen vollständigen Überzeugung, welche unseres Herrn Vettern des Churfürsten Liebden hohe Begabnisse und reife Einsichten in uns erwecken, und von welchen wir eine glückliche Regierung derer von Gott Ihnen anvertrauten getreuen Untertanen mit gänzlichen Zuverlässigkeit anzuhoffen haben, finden wir diese Regierung dero gesamten Erb-, Inkorporierten und anderen Lande mit alleinigem Vorbehalt der, bis zu ihrer verlangten Volljährigkeit, nach Vorschrift der guldenen Bulle Kaiser Caroli IV von uns fortzuführenden Chur-Administration, in Ihro Liebden Hände sofort jetzo zu resignieren uns bewogen*, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5, unpaginiert.

<sup>95</sup> KARL WILHELM BÖTTIGER, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen, Hamburg 1831, S. 391 f.

<sup>96</sup> Die Vermutung Böttigers hätte den apologetischen Tönen für den Kurfürsten Friedrich August III. widersprochen, die die sächsische Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgeprägt haben; BÖTTIGER/FLATHE, Geschichte (wie Anm. 3), S. 554 f. Die Suppositionen Flathe, die sich auf das Militär beziehen, sind ungerechtfertigt. Vgl. OTTO RUDERT, Die Reorganisation der kursächsischen Armee 1763–1769, Leipzig 1911, S. 111 f.

<sup>97</sup> SCHLECHTE, Einleitung (wie Anm. 1), S. 32 f.

<sup>98</sup> THOMAS NICKLAS, Xaver von Sachsen. Fürst zwischen den Mächten, in: Uwe Fiedler/Thomas Nicklas/Hendrik Thoß (Hg.), Die Gesellschaft des Fürsten. Prinz Xaver von Sachsen und seine Zeit, Chemnitz 2009, S. 25–27; vgl. Franz Xaver an Étienne-François de Choiseul, französischer Außenminister, Dresden, 29. Oktober 1768: *Uniquement*

für seinen Rücktritt entscheidend. Es handelte sich um seine Bemühungen um das Amt des Hochmeisters des Deutschen Ordens. Schon im Frühling 1768 hatte Franz Xaver seine Chancen sondiert. Mitte Juni erhielt er positive Signale von Karl Theodor von der Pfalz hinsichtlich der Möglichkeit, seine politischen Absichten zu fördern.<sup>99</sup> Der Prinz konnte davon ausgehen, dass er sich, wenn er auf sein Amt am kursächsischen Hof verzichten würde, dann mit größerer Energie um die gewünschte Stelle bemühen könnte.<sup>100</sup> Als er bereits auf die Unterstützung Karl Theodors von der Pfalz und seines Bruders Clemens Wenzeslaus, des neugewählten Erzbischofs von Trier, zählen konnte, suchte er auch in Wien und Versailles Hilfe.<sup>101</sup> Eine positive Rückmeldung konnte er aber nicht erwarten. Die Wiener Hofburg hatte für den Deutschen Orden andere Pläne. 1769 wurde Maximilian Franz, der jüngste Bruder Kaiser Josephs II., zum Koadjutor des Hochmeisters Karl Alexander von Lothringen, einem jüngerer Bruder Kaiser Franz Stephans, erklärt.

Die Niederlegung der Regentschaft und der Administration wurde in den letzten Tagen des Augusts und Anfang September im engen Kreis vorbereitet. Man kann nicht ausschließen, dass nur der Konferenzminister Christian von Loß in die Pläne Franz Xavers eingeweiht war. Wir wissen nicht, wann der Kurfürst über die Entscheidung seines Oheims in Kenntnis gesetzt wurde. Vieles deutet darauf hin, dass dies ziemlich spät passierte, möglicherweise erst am Vorabend des Rücktritts Franz Xavers am 14. September 1768.<sup>102</sup>

---

*occupé pendant cinq longues années du soin de relever la Saxe de la situation déplorable où une chaîne de fautes et de malheurs l'avait entraînée, ce n'est qu'avec des peines infinies que je suis parvenu à remplir la partie essentielle de mon objet, et à rapprocher au moins cet électorat du degré de force et d'influence dont il est susceptible. Pendant tout le temps de ma régence, je n'ai eu devant les yeux que cette perspective, et j'ai tout rapporté à ce but unique et essentiel. Je me flatte que les principes sur lesquels je me suis conduit, seront adoptés par l'Électeur mon neveu, et qu'il ne s'écartera jamais du but auquel j'ai tendu, et qui doit réunir pour toujours les intérêts des deux pays qui me sont plus chers,* Archives départementales de l'Aube, Troyes, Archives particulières du Prince Xavier de Saxe, Correspondance particulière, EE 1428/2, unpaginiert.

<sup>99</sup> Johann David Zapffe, sächsischer Legationsrat in Mannheim, an Franz Xaver, Schwetzingen, 16. Juni 1768, Archives départementales de l'Aube, Troyes, Archives particulières du Prince Xavier de Saxe, Correspondance particulière, EE 1635/2, unpaginiert.

<sup>100</sup> *Aujourd'hui que je me trouve rendu à moi-même et qu'il m'est permis de m'occuper de moindres intérêts, je laisse tomber les yeux sur ma propre situation, et je crois devoir penser au soin de la rendre meilleure, en portant mes vues sur la Grande Maîtrise de l'Ordre teutonique,* Franz Xaver an Choiseul, Dresden, 29. Oktober 1768, Archives départementales de l'Aube, Troyes, Archives particulières du Prince Xavier de Saxe, Correspondance particulière, EE 1428/2.

<sup>101</sup> Franz Xaver an Kaiser Joseph II., Dresden, 29. Oktober 1768. Am selben Tag wurden noch Briefe an Maria Theresia und Ludwig XV. verschickt, ebd.

<sup>102</sup> Wie es aus den Notizen des Kabinettsministers von Ende hervorgeht, erklärte Franz Xaver in seiner Anwesenheit dem Kurfürsten, dass er vorhabe, von der Vormundschaft und der Administration zurückzutreten. Friedrich August schien unangenehm überrascht gewesen zu sein. Es ist nicht möglich, die Frage zu beantworten, ob der Kurfürst

Die Vorbereitungen wurden streng geheim geführt und Loß war, ohne entsprechende Urkunden und Akten im Dresdner Archiv sichten zu können, nicht im Stande, die Frage zu beantworten, ob ein minderjähriger Herrscher im Sinne des Lehn- und Reichsrechts den kurfürstlichen Thron besteigen durfte. Der Kabinettsminister befürchtete, wovon er am 12. September den Administrator informierte, dass eine vorzeitige Niederlegung der Regentschaft in Wien mit Unzufriedenheit und Kritik aufgenommen werden könnte. Er hielt es für notwendig, die Hofburg über die Pläne Franz Xavers in Kenntnis zu setzen und die kaiserliche *venia aetatis* für Friedrich August III. zu erlangen. Noch weitere Fragen und Zweifel kamen hinzu: Ob die Entscheidungen, die der noch minderjährige Kurfürst trafe, falls er die kaiserliche *venia aetatis* nicht erhalten sollte, Rechtswirkung besäßen; auf welche Art und Weise die sächsischen Stände auf die Besteigung des kurfürstlichen Thrones durch den unmündigen Herrscher reagieren würden; welche Auswirkungen es auf die Stellung Sachsens im Reich habe; ob die Reichsstände die unter dem Namen des noch minderjährigen Kurfürsten ausgestellten Beglaubigungsschreiben annehmen würden?<sup>103</sup> Franz Xaver unterschätzte die Bedenken des Ministers, und am 15. September trat er von seinem Posten zurück. Erst am 21. September teilte er seine Entscheidung dem Kaiser und anderen europäischen und deutschen Herrschern mit.<sup>104</sup>

Christian von Loß irrte sich nicht. Die österreichischen Staatsmänner hegten gegen Franz Xaver einen Groll. Noch bevor sein Schreiben an den Kaiser in Wien eingetroffen war, wurde in der Reichskanzlei eine diplomatische Intervention in Dresden beschlossen.<sup>105</sup> Am 26. September erklärte der österreichische Gesandte in Dresden, Franz Josef Wurmbrand, dem Kabinettsminister von Loß, dass der Kaiser als wahrer Hüter der Gesetzlichkeit nicht im Stande gewesen sei, die Niederlegung der Regentschaft und der Administration anzuerkennen. Er wies darauf hin, dass laut der Überzeugung des Reichsvizekanzlers, Rudolf Joseph von Collo-

---

sich tatsächlich erst zu diesem Zeitpunkt über die Pläne seines Oheims erkundigte, oder ob die Prinzen sich darüber vorher geeinigt hatten und vor dem Minister nur eine Szene spielten. Notizen des Kabinettsministers von Ende von einem Gespräch mit Franz Xaver und Friedrich August III., Pillnitz, 14. September 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 30305/4, unpaginiert.

<sup>103</sup> Christian von Loß an Franz Xaver, Dresden, 12. September 1768, ebd. – Einen Tag später, am 13. September, forderte Loß den Administrator auf, seine Entscheidung über die Niederlegung der Regentschaft schnellstmöglich den übrigen Geheimen Räten vorzustellen; Christian von Loß an Franz Xaver, ebd. – Am 14. September wurde Ende über die Pläne Franz Xavers informiert und am darauffolgenden Tag Ende und Sacken in dieser Angelegenheit ein Reskript zugestellt; Reskript Franz Xavers an Ende und Sacken, Pillnitz, 15. September 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5, unpaginiert; Wurmbrand an Kaunitz, HHStA Wien, SK, Sachsen 15, Dresden, 18., 19., 20. September 1768, fol. 351-356, 357-357<sup>v</sup>, 360-362.

<sup>104</sup> Franz Xaver an Joseph II., Dresden, 21. September 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 30305/4.

<sup>105</sup> Rudolf Joseph von Colloredo-Waldsee, Reichsvizekanzler, an Wurmbrand, Wien, 21. September 1768, HHStA Wien, Reichskanzlei (im Folgenden: RK), Dresden, Weisungen 2b, unpaginiert.

redo-Waldsees, und anderer österreichischer Staatsmänner, die Maßnahmen des kursächsischen Hofes der Freundschaft und dem Vertrauen, die seit vielen Jahren zwischen den beiden Höfen herrschten, gänzlich widersprächen.<sup>106</sup>

Unter diesen Umständen musste in Dresden eine weitere Strategie in Erwägung gezogen werden. Die Frage lautete, ob unabhängig vom Schreiben Franz Xavers an den Kaiser, in dem er über die Niederlegung der Administration informierte, eine weitere Notifikation von Friedrich August nach Wien gerichtet werden sollte. Die Geheimen Räte, die darüber am 7. Oktober diskutierten, kamen zu dem Schluss, dass eine Entscheidung erst nach Sondierungsgesprächen in Wien getroffen werden könnte. Es handelte sich darum, ob die Reichskanzlei dieses Schreiben annehmen könnte.<sup>107</sup> Der sächsische Minister-Resident in Wien, Johann Sigismund von Pezold, führte Gespräche mit dem Reichsvizekanzler und dem Geheimen Referendar in der Reichskanzlei, Franz Georg von Leykam. Die Erklärungen der österreichischen Staatsmänner waren jedoch nicht eindeutig. Einige Zeit hatte man vielleicht auch den Eindruck haben können, dass der kaiserliche Hof sich mit einer kursächsischen Deklaration zufrieden gegeben hätte, dass bevor Friedrich August III. das entsprechende Alter erreichen würde, die Reichsangelegenheiten weiterhin von Franz Xaver geführt werden sollten. Schnell wurde aber von den Gesprächspartnern Pezolds eine neue Lösung vorgeschlagen. Nach Dresden sollte unter strengster Vertraulichkeit ein kaiserliches Diplom geschickt werden, in welchem dem sächsischen Kurfürsten die *venia aetatis* erteilt würde. Das Geheimnis resultierte, wie Pezold vermutete, aus dem Bedenken Josephs II., einerseits seine Pflicht, das Reichsrecht einzuhalten, zu verletzen und andererseits sich zu kompromittieren.<sup>108</sup> Diese Gespräche und Konsultation führten jedoch zu keinen Ergebnissen.

Ganz unerwartet stellte am 14. November Wurmbrand dem kursächsischen Kabinettsminister Sacken ein Ultimatum: Entweder würde der kursächsische Hof die kaiserliche *venia aetatis* beantragen oder die Reichskanzlei würde rechtliche Schritte einleiten und die Sache an den Reichshofrat richten. Die Antwort hatte bis zum 17. November zu erfolgen.

Sacken unterrichtete unverzüglich den Kurfürsten über den Sachstand, der wiederum umgehend die Geheimen Räte über das österreichische Verlangen infor-

---

<sup>106</sup> Notizen Christians von Loß aus dem Gespräch mit Wurmbrand, Dresden, 26. September 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5; Wurmbrand an Kaunitz, Dresden, 26. September 1768, HHStA Wien, SK, Sachsen 15, fol. 368 f.; Wurmbrand an Colloredo, Dresden, 26. September 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Berichte 6c, fol. 442<sup>v</sup>-443.

<sup>107</sup> Geheime Räte an Friedrich August III., Dresden, 7. Oktober 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5; Reskript Friedrich Augusts III. an Geheime Räte, Dresden, 11. Oktober 1768, ebd.

<sup>108</sup> Reskript Friedrich Augusts III. (von Christian von Loß) an Johann Sigismund von Pezold, sächsischer Minister-Resident in Wien, Dresden, 26. November 1768, ebd. (im kurfürstlichen Reskript wurde der Briefwechsel mit dem Diplomaten zusammengefasst); Colloredo an Wurmbrand, Wien, 5., 14. Oktober 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Weisungen 2b; Wurmbrand an Colloredo, Dresden, 17., 20., 29. Oktober 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Berichte 6c, fol. 398 f., 405-409<sup>v</sup>, 414-423<sup>v</sup>.

mieren ließ.<sup>109</sup> In der Sitzung am 15. November diskutierten sie über die Mittel zur Bewältigung der Krise. Es ist jedoch nicht gelungen, einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten.<sup>110</sup> Mit dem österreichischen Diplomaten traf sich Sacken erst am 19. November, ohne eine definitive Antwort zu geben. Wurmbrand vermutete, dass das kursächsische Ministerium jetzt eine Strategie des Hinauszögerns bis zum Erreichen der Volljährigkeit durch den Kurfürsten betrieben werde.<sup>111</sup> Ende November wurde der sächsische Diplomat in Wien beauftragt, die Reichskanzlei anzusuchen, eine Antwort auf das Notifikations schreiben Franz Xavers zu erteilen, wobei man über die Tatsache des unfähigen Alters Friedrich Augusts III. hinwegzusehen versuchte.<sup>112</sup> Die österreichischen Staatsmänner wollten aber davon nichts wissen. Sie beabsichtigten, die Angelegenheit an den Reichshofrat zu richten, der für den noch minderjährigen kursächsischen Kurfürsten einen Vormund benennen würde.<sup>113</sup> Mitte Dezember erfuhr der kursächsische Hof, dass das Consilium Aulicum schon das *votum ad imperatorem* vorbereitete und nun die kaiserliche Resolution erwartet würde. An der Elbe wurde möglichen schädlichen Auswirkungen entgegengesehen.<sup>114</sup> Schriftsätze wurden jedoch nicht nach Dresden geschickt. Am 23. Dezember vollendete der Kurfürst das 18. Lebensjahr und erreichte das regierungsfähige Alter. Die Geheime Räte brachten in einem Vortrag vom 21. Dezember zum Ausdruck, dass die Angelegenheit daher auch als abgeschlossen zu betrachten sei. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass es nicht nötig sei, ein neues Notifikations schreiben über die Übernahme der Regierung durch Friedrich August III. nach Wien zu schicken, sondern sich eher auf die Ausstellung neuer Beglaubigungsschreiben für die in Wien residierenden kursächsischen Diplomaten zu beschränken: In einer sehr allgemeinen Form wurde das Erreichen des regierungsfähigen Alters des Kurfürsten erwähnt.<sup>115</sup> Obwohl es den

<sup>109</sup> Notizen Sackens aus dem Gespräch mit Wurmbrand, Dresden, 14. November 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5; Wurmbrand an Kaunitz, Dresden, 17. November 1768, HHStA Wien, SK, Sachsen 15, fol. 425-425v; Wurmbrand an Colloredo, Dresden, 17. November 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Berichte 6c, fol. 360-363v.

<sup>110</sup> Geheime Räte (Christian von Loß, Stubenberg, Stammer, Fritsch) an Friedrich August III., Dresden, 15. November 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5.

<sup>111</sup> Wurmbrand an Colloredo, Dresden, 19. November 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Berichte 6c, fol. 355-356v.

<sup>112</sup> Reskript Friedrich Augusts III. (von Christian von Loß) an Pezold, Dresden, 26. November 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5.

<sup>113</sup> Colloredo an Wurmbrand, Wien, 23. November 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Weisungen 2b.

<sup>114</sup> Reskript Friedrich Augusts III. (von Sacken) an Geheime Räte, Dresden, 16. Dezember 1768, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5.

<sup>115</sup> Geheime Räte (Christian von Loß, Stubenberg, Stammer, Fritsch) an Friedrich August III., Dresden, 21. Dezember 1768; Reskript Friedrich Augusts III. (von Sacken) an Geheime Räte, Dresden, 12. Januar 1768; Geheime Räte (Christian von Loß, Stubenberg, Stammer, Fritsch) an Friedrich August III., Dresden, 19. Januar 1769, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 795/5.

Anschein erwecken könnte, dass diese Angelegenheit für die bilateralen Beziehungen eher keine langfristigen Folgen haben würde, entfernten sich die beiden Höfe, deren Verhältnis sich nach dem Siebenjährigen Krieg bereits stufenweise abkühlte, in der Tat noch weiter voneinander. Die österreichischen Staatsmänner vergaßen nämlich die vorzeitige Niederlegung der Regentschaft und der Administration nicht, da sie den Schritt Franz Xavers als eine Maßnahme zum Schaden des Ansehens des kaiserlichen Amtes wahrnahmen.<sup>116</sup>

#### V. Fazit

Die sächsische Pfründen- und Handelspolitik *pars pro toto* beweist, dass sich die politischen Möglichkeiten und Handlungsspielräume des Kurfürstentums Sachsen nach dem Siebenjährigen Krieg stets verringerten. Der sächsische Hof konnte nur diejenigen Projekte realisieren, die den politischen Grundsätzen der mächtigen Nachbarn entsprachen. Ausdrücklich kann dies am Beispiel Clemens Wenzeslaus' bewiesen werden. Maria Theresia, deren Stimme dabei entscheidend war, unterstützte die sächsischen Hoffnungen auf das Hochstift Trier und ermöglichte dem Haus Wettin, eine weitere Stimme im kurfürstlichen Kollegium zu gewinnen. Dieselbe Herrscherin blockierte die Kandidatur Clemens Wenzeslaus' in Mainz, die im Reich eine ungleich größere Bedeutung besaß. Die Schwäche des Kurfürstentums zeigten die Gespräche auf, welche die Handelsbeziehungen mit Preußen und Österreich betrafen. Der sächsische Hof war nicht imstande, den von den Nachbarstaaten geforderten hohen Schutzzöllen entgegenzuwirken. Obwohl sie das sächsische Gewerbe ruinierten, musste Sachsen auf eine Änderung der Standpunkte Preußens und Österreichs hoffen. Der Hof in Dresden verfügte bei den internationalen Verhandlungen über keine Trümpfe und musste auf die Entscheidungen der Mächte warten. Diese wurden über die Köpfe der sächsischen Kabinettsminister und Geheimen Räte hinweg beschlossen. An einer Allianz mit Kursachsen hatte sein bisheriger Verbündeter, die Wiener Hofburg, kein Interesse mehr. Ein Bündnis mit dem Dresdner Hof war auch in Berlin nicht denkbar. In die 1770er-Jahre musste Kursachsen allein hineinkommen.

---

<sup>116</sup> Colloredo an Wurmbrand, Wien, 14. Dezember 1768, HHStA Wien, RK, Dresden, Weisungen 2b.